

Bürgermeister der Freistadt Eisenstadt

1922 – 2017

Bürgermeister

Aemilian Necessany (Stadtkommissär von 1922 bis 1923, anschließend gewählter Bürgermeister bis 1925)	1922 – 1925
Paul Koller (gewählt)	1925 – 1929
Geza Stanics (gewählt, von 1935 bis 1938 auf Wahl des Gemeindetages)	1929 – 1938
Ing. Arnold Ilkow (eingesetzt)	1938 – 1940
Rudolf Brünner (eingesetzt)	1940 – 1941 und 1943 – 1945
Franz Hohegger (eingesetzt)	1941 – 1943
Prof. Franz Elek-Eiweck (eingesetzt)	1945 – 1950
Johann Tinhof (gewählt)	1950 – 1977
Reg. Rat Kurt Korbatits (gewählt)	1977 – 1990
Ing. Alois Schwarz (gewählt)	1990 – 2002
Ing. Peter Nemeth (gewählt)	2002 – 2007
Andrea Fraunschiel MA (gewählt)	2007 – 2011
Mag. Thomas Steiner (gewählt)	seit 2011

Aemilian Necesany
Stadtkommissär von 1922 bis 1923,
gewählter Bürgermeister von 1923 bis 1925



Aemilian Necesany wurde am 31. Juli 1874 in Neudorf bei Reichenberg, heute Nova Ves in Tschechien, geboren. Nach Absolvierung der Lehrerbildungsanstalt in Leitmeritz (Litoměřice) trat er 1901 als Postamtspraktikant in Eger in den Postdienst, später war er Postassistent in Karlsbad. Necesany engagierte sich schon zu jener Zeit politisch und trat als Obmann des Vereins deutscher Staatsangestellter 1910 mehrfach öffentlich in Erscheinung.

Während des Ersten Weltkrieges war Necesany von 1915 bis 1918 im Evidenzbüro des k. k. Kriegsministeriums tätig. Er wurde unter anderem mit dem Ehrenzeichen zweiter Klasse als Förderer des Roten Kreuzes sowie mit dem Verdienstkreuz am Bande der Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet.

Nachdem das Burgenland durch die Friedensschlüsse von Saint Germain (1919) und Trianon (1920) Österreich zugesprochen worden war, galt Ödenburg als designierte Hauptstadt. Aemilian Necesany bezog in Ödenburg Quartier, verließ die Stadt jedoch aufgrund der politischen Situation im August 1921. Das Postamt in Eisenstadt wurde am 16. November 1921 in österreichische Verwaltung übernommen, es war in der Pfarrgasse 10 untergebracht.

In Eisenstadt wurde Anfang 1922 unter Necesanys Federführung eine Bundesgruppe des Vereins Südmark gegründet. Der ursprünglich 1889 in Graz ins Leben gerufene Verein setzte sich für die Stärkung des Grenz- und Auslandsdeutschtums ein, was in dem rund zwei Jahrzehnte ungarisch dominierten Burgenland auf fruchtbaren Boden fiel. Schon bei der Gründung wies die Gruppe 60 Mitglieder auf, Necesany selbst übernahm die Obmannschaft.

Im Mai 1922 wurde Oberpostkontrollor Emil Necesany als einer von zwei Vertretern der Großdeutschen Volkspartei in die Kreiswahlbehörde der Bezirke Neusiedl-Eisenstadt entsandt.

Als Folge der am 22. Juli 1921 von der Bundesregierung erlassenen Verordnung „betreffend die Erlassung einer vorläufigen Stadt- und Landgemeindenwahlordnung für die Landeshauptstadt Ödenburg, die Städte Eisenstadt und Rust und sämtliche Groß- und

Kleingemeinden des Burgenlandes“ und die im Juni 1922 durchgeführten Gemeinderatswahlen erfolgte in Eisenstadt Anfang August der Vorschlag für die Stadtverwaltungskommission. Gemäß dem Ergebnis der Landtagswahl teilte sich diese auf sechs Sozialdemokraten, fünf Christlichsoziale und drei Deutschnationale – darunter Aemilian Necesany – auf. Sie wurden am 23. August 1922 in die Kommission berufen. Die konstituierende Sitzung der neuen Stadtverwaltungskommission fand am 19. September 1922 im Rathaus statt. Mit den Stimmen der Christlichsozialen wurde Necesany schließlich zum Stadtkommissär bestimmt und per Dekret vom 23. Oktober 1922 eingesetzt.

Necesany setzte sich von Beginn seiner Amtszeit als Stadtkommissär an für die Erhebung Eisenstadts zur Landeshauptstadt ein. Mehrfach sprach er in dieser Causa bei der Landesregierung in Sauerbrunn vor und nahm auch an entsprechenden Kundgebungen teil.

Am 25. März 1923 fanden in Eisenstadt die ersten freien Gemeinderatswahlen statt. Zur Wahl traten die „Vereinigte burgenländische Volkspartei“, zu der sich die Großdeutschen, Christlichsozialen sowie die Bürger- und Bauernpartei zusammengeschlossen hatten, und die Sozialdemokraten an. Die Vereinigte burgenländische Volkspartei erhielt 882 Stimmen, die Sozialdemokraten 745 Stimmen.

Im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Gemeinderats am 10. April 1923 sollte das Stadtoberhaupt gewählt werden. Dabei ging Postdirektor Aemilian Necesany mit allen Stimmen der „Vereinigten burgenländischen Volkspartei“ als Bürgermeister hervor.

Im selben Jahr wurde im Einvernehmen mit dem Burgenländischen Bauernbund der Großdeutsche Volksbund für das Burgenland gegründet, in dessen Parteileitung auch Bürgermeister Aemilian Necesany als Mitglied gewählt wurde. Noch im selben Jahr legte er seine Funktion als Listenführer für den Landtagswahlkreis Eisenstadt-Neusiedl jedoch zurück, er begründete den Schritt damit, dass er die Tätigkeit für eine Partei mit seinem Amt als Bürgermeister für unvereinbar halte.

Während seiner Amtszeit als Bürgermeister setzte Necesany das Bestreben, Eisenstadt zum Sitz der Landesregierung zu machen, fort. Er stand mit den Vertretern der Landesregierung in Verbindung und führte beispielsweise am 8. Juli 1923 eine große Kundgebung durch die Stadt an. Grund der Kundgebung war nicht nur die Frage der Landeshauptstadt, die möglicherweise auch außerhalb des Burgenlandes angesiedelt werden sollte, sondern auch eine befürchtete Aufteilung des Burgenlandes.

Necesany sicherte sich in der Hauptstadtfrage den Rückhalt der Bezirke Eisenstadt und Neusiedl. Die Stadt erklärte sich unter anderem bereit, im Falle der Ernennung zur Hauptstadt 20 Beamtenwohnungen zu errichten. Auch der Ausbau der schlechten Bahnverbindungen von Eisenstadt nach Wien wurde thematisiert.

Neben den intensiven Bestrebungen, Eisenstadt zur Landeshauptstadt zu machen, und seiner beruflichen Tätigkeit als Postdirektor setzte Necesany als Bürgermeister von Eisenstadt kulturelle und bildungspolitische Akzente. Eine dieser Maßnahmen war die Gründung einer städtischen Volksbücherei. Auf Necesany's Anregung hin bewilligte der Stadtrat im Juli 1923 eineinhalb Millionen Kronen für die Anschaffung landschaftlicher und historischer Bilder für den Unterricht – der Unterricht im heutigen Burgenland war seit 1908 in ungarischer Sprache gehalten worden, was sich auch im Fehlen von entsprechenden deutschen Unterrichtsmaterialien niederschlug. Zudem bekamen die Schüler den Garten bei der Magdalenenkapelle als Versuchsgarten zur Verfügung gestellt.

Mit dem Jahrgang 1924/1925 wurde in Eisenstadt die „Städtische Handelsschule mit Öffentlichkeitsrecht“ eröffnet. Diese zweiklassige Schulform war damals die einzige ihrer Art im Burgenland. Bis zum Zweiten Weltkrieg war sie im Gebäude der Hauptschule am Schubertplatz untergebracht.

Zur Belebung des Kunst- und Kulturlebens in Eisenstadt etablierte Necesany die „Burgenländische Schaubühne“, unter seiner Amtszeit wurde auch die Eisenstädter Kunstausstellung initiiert. Bereits nach seiner Zeit als Bürgermeister rief Necesany die „Eisenstädter Urania“ als Institution der Volksbildung ins Leben und war als Vortragender der Volkshochschule aktiv.

1924 gründeten Bundes-, Landes- und Privatangestellte sowie Geschäftsleute eine Wohnbau- und Siedlungsgenossenschaft, um zumindest ihren Mitgliedern Wohnraum zu verschaffen. Necesany wurde 1927 als Obmann dieser Genossenschaft eingetragen.

Die im Jahr 1924 begonnene Renovierung des Rathauses brachte schon bald nach dem Beginn der Arbeiten in der Höhe ersten Stockwerkes Freskenmalereien zutage. Ende desselben Jahres erteilte die Regierung die Bewilligung zum Bau eines neuen Postamtes, was sicherlich auf das Betreiben des Postdirektors zurückzuführen war. Das neue Postamtsgebäude wurde 1926 eröffnet.

Schon in seinen jungen Jahren erkannte das Burgenland seine Chancen im Fremdenverkehr. Die Landesregierung stellte Bestrebungen zur Gründung eines „Burgenländischen Landesverbandes für Fremdenverkehr“ an, der in der Verantwortung des Leiters der Landtagskanzlei, Hans Puchstein, stand. Unter Vorsitz von Bürgermeister Necesany fand daraufhin eine Versammlung von Interessenten im Eisenstädter Rathaus statt. Am 18. Jänner 1925 führte Necesany den Vorsitz der gründenden Vollversammlung des „Burgenländischen Landesverbandes für Fremdenverkehr“ in Sauerbrunn. Neben der Konstituierung eines Fremdenverkehrsverbandes für das Burgenland wurde dafür ein „Zwölferausschuss“ beschlossen, dem unter Bürgermeistern aus dem gesamten Burgenland auch Bürgermeister Aemilian Necesany angehörte.

Um Eisenstadt einwohnermäßig zu stärken und dadurch in der Hauptstadtfrage Gewicht zu erhalten, wurde im Oktober 1924 die eigenständige Gemeinde Schlossgrund der Freistadt

eingemeindet, wodurch innerhalb von sechs Wochen eine Neuwahl des Gemeinderates notwendig wurde.

Bei der Gemeinderatswahl am 11. Jänner 1925 trat Aemilian Necessany wieder auf der „Liste des Eisenstädter Fortschrittverbands“ an. Sein Bemühen um die Stadt wurde dabei nicht belohnt. Dennoch konnte eines seiner wichtigsten Ziele erreicht werden: Eisenstadt wurde am 30. April 1925 zur Landeshauptstadt gewählt.

Nach der Neubildung des Gemeinderats durch den Ständestaat gehörte Necessany von 1934 bis 1937 noch einmal dem Eisenstädter Gemeinderat an. Er blieb bis 1936 Postdirektor in Eisenstadt und übersiedelte dann nach Wien. Er verstarb am 16. Dezember 1956 in Wien.

Paul Koller
gewählter Bürgermeister von 1925 bis 1929



Paul Koller kam am 12. Oktober 1889 in St. Margarethen im Burgenland als Sohn einer Kleinbauernfamilie zur Welt. Er besuchte die Volksschule und absolvierte eine Fleischerlehre in Neufeld an der Leitha. Nachdem er von 1910 bis 1913 als Berufssoldat gedient hatte, wurde er 1914 einberufen. Am Ende des Kriegs war er Sanitäts-Unteroffizier in Wien. 1918 trat er einem Soldatenrat wie auch der sozialdemokratischen Bewegung bei. Er kehrte in seine Heimatgemeinde zurück, wo er an der Spitze der neuen Gemeindeverwaltung stand. Nach dem Sturz der ungarischen Räterepublik wurde er verhaftet und durch ein Sondergericht verurteilt. Paul Koller gelang die Flucht aus dem Gefängnis. In Wien fand er eine Anstellung bei der Heeresverwaltung und wurde 1922 als Gebäudeverwalter der Bundesheerkaserne nach Eisenstadt versetzt. In Eisenstadt beteiligte er sich am Aufbau der Sozialdemokratischen Partei und übernahm die Funktion des Bezirksobmannes. Er wurde Mitglied des Landespartei Vorstandes und beteiligte sich ab 1926 am Aufbau des Republikanischen Schutzbundes in Eisenstadt.

Koller wurde nach Bildung der Stadtverwaltungskommission im August 1922 zu deren Mitglied bestellt und nach den ersten freien Gemeinderatswahlen in Eisenstadt im April 1923 zum Stadtrat gewählt. Die Erweiterung der Stadt um die Gemeinde Schlossgrund machte Neuwahlen notwendig. Zu der zweiten Gemeinderatswahl innerhalb von zwei Jahren traten am 11. Jänner 1925 vier Parteien an, von den 1.745 in Eisenstadt abgegebenen Stimmen waren 1.719 gültig. Von diesen erhielt die Sozialdemokratische Partei 843 Stimmen und somit zwölf Mandate, die Christlichsozialen 529 Stimmen und acht Mandate, der Eisenstädter Fortschrittsverband 235 Stimmen und drei Mandate und die Deutschvölkische Liste 112 Stimmen und ein Mandat. Mit den zwölf Stimmen der Sozialdemokraten wurde schließlich nicht der Listenerste, Hubert Bauer, sondern Paul Koller am 9. Februar 1925 zum Bürgermeister gewählt. Die Abgeordneten der Fortschrittspartei Necesany, Eder und Kissfalussy sowie der deutschvölkische Abgeordnete Reinelt hatten sich der Stimme enthalten, die acht christlichsozialen Vertreter für Geza Stanics gestimmt.

Die Wahl Kollers fiel in jene Zeit, in der von verschiedenen Seiten massiv auf eine Lösung der Landeshauptstadtfrage gedrängt wurde. Koller führte in diesem Punkt den Weg seines Vorgängers Aemilian Necesany fort und setzte alle Hebel in Bewegung, um die Entscheidung zugunsten Eisenstadts zu lenken und setzte dabei einen Zug, den man heute als „PR-Streich“ bezeichnen würde: Er organisierte nur wenige Tage vor der entscheidenden Abstimmung

eine Pressefahrt für Wiener Journalisten, bei der die Hauptstadtkandidaten Sauerbrunn, Mattersburg und Eisenstadt besichtigt wurden. Während die ersten beiden Orte nicht informiert waren, präsentierte sich Eisenstadt von seiner besten Seite, was sich im positiven Medienecho für die Stadt niederschlug. Am 30. April 1925 fiel dann auch die Wahl zugunsten Eisenstadts aus – es wurde offiziell zum Sitz der Landesregierung bestimmt.

Nun lag es an der Stadtregierung, das Land bei der Suche nach einem geeigneten Standort für das neue Regierungsgebäude zu unterstützen. Bei dem vorerst favorisierten Standort im sogenannten „Paulsgarten“ westlich des Esterházyplatzes, jenem Gelände, auf dem heute die Nationalbank steht, kam es aufgrund zu hoher Forderungen von Seiten des Landes zu keiner Einigung. Dafür gelang es Bürgermeister Koller, durch intensive Verhandlungen mit Grundbesitzern einen neuen Standort in der „Waschstattsätz“ zu finden. Im Sommer 1926 wurde ein Architektenwettbewerb für das neue Regierungsgebäude ausgeschrieben. In der Jury saß neben Landeshauptmann Rauhofer, dessen Stellvertreter Leser, den Architekten Prof. Holey, Prof. Dr. Holzmeister und Prof. Kraus sowie Vertretern der Ministerien auch Bürgermeister Koller.

Die Erhebung Eisenstadts zum Sitz der Landesregierung stellte die Stadt nun vor die Herausforderung, für die Beamten und deren Familien, die größtenteils von außerhalb kamen, Wohnraum zu schaffen und die weitere Entwicklung der Stadt gezielt in Angriff zu nehmen. Aus diesem Grund beauftragte Bürgermeister Paul Koller die Architekten Fritz Reichel und Alexius Wolf mit dem Entwurf eines Stadtverbauungsplanes. Die Stadt kaufte im Frühjahr 1926 für Wohnungsbauten entsprechende Parzellen in der heutigen Bahnstraße an, auf denen sie ein Wohnhaus mit 20 Beamtenwohnungen bauen ließ. Bund und Land errichteten die Wohnhausanlagen in der Rheinlandstraße (heute Ignaz-Till-Straße) mit 186 Wohnungen sowie den Schweizerhof mit 25 Wohnungen. Damit entstanden bis 1930 insgesamt 231 neue Wohnungen.

Die Aufbruchsstimmung in der Stadt war auf vielen Ebenen spürbar: Im September 1926 wurde eine Festaussstellung anlässlich der fünfjährigen Zugehörigkeit zu Österreich veranstaltet, parallel dazu eröffnete im Leinnerhaus das Burgenländische Landesmuseum. Um die Stadt besser an den Bahnhof anzubinden, schaffte die Stadt ein Auto an, das Personen zwischen den beiden Punkten transportierte, auch die Autobuslinien nach Eisenstadt wurden ausgebaut. Durch die Eingliederung der Stadtpolizei in die Bundespolizei erfuhr die Stadt Einsparungen. Dennoch sollte in den folgenden Monaten ein finanzielles Thema die Stadt erschüttern: Durch den Zusammenbruch der Eisenstädter Bezirkssparkasse im April 1927 erlitt die Stadt einen Verlust von 829 Millionen Schilling, wofür sich die Parteien gegenseitig die Schuld zuschoben.

In den folgenden Monaten verschärfte sich der Ton zwischen den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen in der Stadt. Streitpunkt war vor allem der Bau des Beamtenwohnhauses, bei dem die Opposition einen Vergabeschwindel witterte und dem Bürgermeister ihr

Misstrauen aussprach. Am 4. Dezember 1928 wurde der Gemeinderat aufgelöst, bei den Neuwahlen am 3. Februar 1929 trat Paul Koller an erster Stelle für die Sozialdemokraten an. Bei dieser Wahl verlor die Sozialdemokratische Partei ein Mandat und damit die Mehrheit. Koller wurde als Bürgermeister nicht bestätigt, der Gemeinderat bestellte Geza Stanics zu Kollers Nachfolger.

Paul Koller war 1928 bei der Landtagswahl angetreten, hatte den Einzug in den Landtag jedoch nicht geschafft, von 1929 bis 1934 bekleidete er das Amt des Vizebürgermeisters von Eisenstadt. 1930 wurde er aus politischen Gründen vom Bundesheer entlassen, im selben Jahr übernahm er einen Sitz im Bundesrat, den er bis 1934 innehatte, und arbeitete zugleich bei einer Baufirma in Eisenstadt. Am 12. Februar 1934 wurde Koller verhaftet und Ende 1935 ins Anhaltelager Kaisersteinbruch gebracht. Nach seiner Freilassung kam er als Sekretär der Landesstelle der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft in der Vaterländischen Front“ unter, wo er heimliche Kontakte zu den „Revolutionären Sozialisten“ sowie zu den Kommunisten knüpfte.

Die Nationalsozialisten verhafteten Koller am 13. März 1938, er blieb sieben Monate in Haft. Nach dem Attentat auf Adolf Hitler am 20. August 1944 wurde Koller – u.a. auf Hinweis von Bürgermeister Rudolf Brünner – als „politisch unverlässlich“ festgenommen und in ein Gestapoarrest nach Wien überführt. Nach acht Tagen wurde er entlassen.

Nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Österreich bot Koller als Mitarbeiter einer zivilen demokratischen Organisation seine Zusammenarbeit an und wurde in der Folge für die KPÖ zum Vizebürgermeister bestellt, daneben war er Bezirksobmann der KPÖ.

Paul Koller verstarb am 21. Oktober 1950 in Eisenstadt.

Geza Stanics

***gewählter Bürgermeister von 1929 bis 1934
vom Gemeinderat bestellter Bürgermeister von
1935 bis 1938***



Geza Stanics wurde am 15. Juli 1869 als Sohn des Stadtnotärs Franz Stanits sen. als eines von sechs Kindern in Eisenstadt-Oberberg geboren. Er besuchte die Volks- und Bürgerschule in Eisenstadt und legte anschließend an einem Gymnasium in Ungarn die Prüfungen zur Matura ab. Seine ersten Berufsjahre verbrachte er ab 1895 als städtischer Buchhalter und Kassier im Magistrat der Freistadt Eisenstadt. Er heiratete Marianne Fröhlich, eine Bürgerstochter vom Oberberg, und ließ seinen Namen magyarisieren, wodurch in der Folge innerhalb der Familie unterschiedliche Schreibweisen verwendet wurden. 1903 trat Stanics in den Dienst des Fürsten Esterházy, wo er ebenfalls die Buchhaltung bestritt. Im selben Jahr wurde er auch in den Gemeinderat der Freistadt Eisenstadt gewählt.

Stanics wurde am 19. Oktober 1922 als Nachfolger von Dr. Johann Karall zum Mitglied der Stadtverwaltungskommission bestellt, nach der ersten freien Bürgermeisterwahl im März 1923 wurde er Stadtrat und bekleidete in der Stadt mehrere Funktionen. So wurde er 1925 in den Verwaltungsrat der Eisenstädter Elektrizitätswerke gewählt und bei der 1926 unter dem Vorsitz des vormaligen Bürgermeisters Aemilian Necesy gegründeten Eisenstädter Urania zum Ausschussmitglied bestimmt.

Bei der Gemeinderatswahl am 3. Februar 1929 trat er auf der Liste der Wirtschaftsvereinigung an erster Stelle an. Dabei erhielt die Wirtschaftsvereinigung in der Freistadt Eisenstadt 1.082 Stimmen (plus 182 Stimmen) und somit 12 Mandate (plus 1), die Sozialdemokraten 1.004 Stimmen (minus 7 Stimmen), wobei sie ein Mandat verloren und nun bei 11 hielten. Die Sozialdemokraten erhoben gegen das Ergebnis Einspruch, dieser wurde jedoch abgewiesen.

Am 9. April 1929 wurde Geza Stanics mit zwölf gegen zehn Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Sein Vorgänger Paul Koller wurde, gemeinsam mit Dir. Johann Reinelt, zum Vizebürgermeister bestellt. Eine der zentralen Fragen, die Stanics von Beginn an verfolgte, war die Vereinigung der Freistadt Eisenstadt mit Umlandgemeinden zu „Groß-Eisenstadt“.

Am 30. September 1929 ging er als Buchhalter bei Esterházy im Alter von 60 Jahren in Pension und widmete sich fortan ganz den Geschäften der Stadt. Mitte Dezember wurde in Eisenstadt die Schlusssteinlegung des Landhauses begangen, wozu der Bürgermeister an der Seite von Landeshauptmann Johann Thullner im Vestibül des neuen Regierungssitzes

Bundespräsident Wilhelm Miklas und Bundeskanzler Dr. Johannes Schober sowie weitere Vertreter der Bundesregierung in Eisenstadt begrüßte. Auch in den folgenden Jahren erfolgte eine rege Errichtung neuer Bauwerke und Institutionen in Eisenstadt, deren Ansiedlung aus der Bestimmung zum Sitz der Landesregierung resultierte: Nationalbank, Burgenländische Landwirtschaftskammer, Arbeiterkammer und Landeskrankenkasse eröffneten ihre Standorte in Eisenstadt, was für die Stadt ein hohes Maß an infrastruktureller Organisation bedeutete.

Bereits 1929 hatte der Gemeinderat einen Stadtverbauungsplan auf Basis des 1926 von Alexius Wolf und Fritz Reichl entworfenen Planes beschlossen. Dieser Plan sah die Erweiterung der Stadt von 5.000 bis 6.000 Einwohner um das Doppelte vor. Bei diesen Erweiterungsplänen spielte auch Groß-Eisenstadt eine Rolle, indem Eisenstadt-Oberberg und Kleinhöflein in das Gemeindegebiet miteinbezogen werden sollten, was aber erst nach Stanics' Absetzung durch die Nationalsozialisten basierend auf der Deutschen Gemeindeordnung realisiert wurde.

Ein weiterer Stadtentwicklungsplan wurde 1932 bis 1934 entworfen. Entsprechend diesen Plänen setzte vor allem privater Wohnbau in den Bereichen nördlich der neuen Landesregierung und des Schweizerhofs, rund um die heutige Martinkaserne sowie südlich und westlich der neuen Nationalbank ein. Durch die Aufschüttung des ehemaligen Stadtgrabens südlich der Stadtmauer in der Vorstadt St. Rochus wurden ebenfalls neue Baugründe geschaffen. Auf einem davon errichtete die evangelische Glaubensgemeinschaft zwischen 1934 und 1936 die evangelische Kirche und das evangelische Pfarrgebäude.

Der zweite Stadtentwicklungsplan fiel in Stanics zweite Amtsperiode. Er war nach den Gemeinderatswahlen 1931 im zweiten Wahlgang mit elf zu neun Stimmen als Bürgermeister wiedergewählt worden.

Eine für die Gesundheit der Bevölkerung wichtige Maßnahme war zu jener Zeit die Realisierung der Wasserversorgung für die Haushalte in der Stadt. Die entsprechende Wasserleitungsverordnung trat am 5. Oktober 1931 in Kraft. Als weiteres wichtiges Projekt ist die Pflasterung der Eisenstädter-Pressburger Bundesstraße, also der Straße von Kleinhöflein kommend durch die Stadt, zu nennen.

Darüber hinaus schaffte es Stanics auch, große Veranstaltungen bzw. Tagungen nach Eisenstadt zu holen und damit die Bekanntheit der Stadt zu steigern. Das Jahr 1931 stand ganz im Zeichen der Feierlichkeiten zu „Zehn Jahre Burgenland“. Im Zuge der Landes-Jubiläumsausstellung wurde Bürgermeister Geza Stanics von Bundespräsident Wilhelm Miklas mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet. Der Bürgermeister wiederum ernannte während der Jubiläumsfeier Bundeskanzler Dr. Karl Buresch, Dr. Karl Renner und Justizminister Dr. Hans Schürff zu Ehrenbürgern der Stadt Eisenstadt. Auch in den folgenden Jahren begrüßte Geza Stanics mehrfach hochrangige Regierungsmitglieder wie Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß im Juli

1933 sowie dessen Nachfolger Dr. Kurt Schuschnigg 1935. Diesen ernannte Geza Stanics 1936 anlässlich „15 Jahre Burgenland“ zum Ehrenbürger der Bezirke Eisenstadt und Rust. Ein Jahr zuvor hatte Bürgermeister Stanics an Erzherzog Eugen in Vertretung von Otto Habsburg die Ehrenbürgerurkunde überreicht.

1934 konnte der seit 1922 ausgetragene Streit zwischen der Esterházy'schen Güterverwaltung und der Eisenstädter Bevölkerung um den Zugang zum Schlosspark vertraglich beigelegt werden. Bürgermeister Stanics sowie die Bürgermeister von Oberberg-Eisenstadt Georg Pogatscher und Wilhelm Gabriel von Unterberg-Eisenstadt verzichteten darin auf die Benützung des Parks durch die Bevölkerung, im Gegenzug wurde der Freistadt durch den Grundeigentümer Dr. Paul Esterházy die Gloriette sowie umliegende Waldparzellen und weitere Grundstücke schenkungsweise übertragen, um darauf ein Bad, eine Sportanlage sowie einen Volkspark zu errichten.

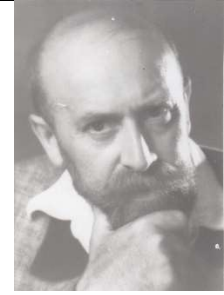
Anlässlich des 100. Todestages von Joseph Haydn fanden 1932 in Eisenstadt zahlreiche Gedenkfeierlichkeiten statt, vor dem Landhaus wurde ein Haydn-Gedenkstein errichtet. Zwei Jahre später konnte im ehemaligen Wohnhaus Joseph Haydns das Haydnmuseum eröffnet werden, das in den ersten Jahren zugleich auch als Heimatmuseum fungierte. Im Jahr darauf enthüllte der Bürgermeister feierlich das Franz-Liszt-Denkmal. Es war durch einen Spendenaufruf finanziert worden.

Geza Stanics wurde im Zuge der Auflösung des Gemeinderates gemäß § 39 des Verfassungsübergangsgesetzes von 1934 gemeinsam mit allen anderen Gemeinderatsmitgliedern seines Amtes enthoben und nach einer Anhörung der Vaterländischen Front sowie des Landtages mit den Amtsgeschäften des Bürgermeisters betraut. Bei der anschließenden Bürgermeisterwahl am 18. Februar 1935 durch den Gemeindetag stimmten 21 von 23 Abgeordnete für ihn.

Am 12. März 1938 wurde Stanics von den Nationalsozialisten als Bürgermeister abgesetzt und verstarb am 5. August 1938 im Alter von 69 Jahren in Eisenstadt.

Arnold Ilkow

eingesetzter Bürgermeister von 1938 bis 1940



Der am 12. Mai 1887 in Stockerau geborene Arnold Ilkow besuchte nach der Volksschule das Realgymnasium in Stockerau und studierte anschließend an der Technischen Universität in Wien. Nach dem Studium absolvierte er das Einjährig-Freiwilligenjahr beim Eisenbahnregiment in Korneuburg und arbeitete anschließend bei einer Firma in Wien. Während des Ersten Weltkriegs war er von 1914 an mit dem Eisenbahnregiment eingedrückt, 1918 kehrte er als Oberleutnant aus dem Krieg zurück und trat in den Dienst der Staatseisenbahn, ab 1920 wechselte er zur Graz-Köflacher-Eisenbahn. Nach einem Jahr bei einer Baufirma in Voitsberg machte er die Zivilingenieurprüfungen und war für kurze Zeit fachlicher Mitarbeiter des Springer Verlages in Wien. Im Zuge dieser Tätigkeit veröffentlichte er auch Fachbücher zum Bauwesen.

1925 zog er nach Eisenstadt, wo er ein technisches Büro eröffnete und zum Sachverständigen beim Bezirksgericht berufen wurde. Ilkow suchte eigenen Angaben zufolge 1932 um Mitgliedschaft bei der NSDAP an, angeblich, um dadurch den Zuschlag für ein Kirchenbauprojekt in Stockerau zu erhalten. Die Mitgliedschaft wurde allerdings offenbar bis 1938 nicht aktiv. Dennoch pflegte Familie Ilkow Kontakte zu den verbotenen nationalsozialistischen Kreisen. Ihr Haus wurde im politischen Umbruch des März 1938 zu einer Art Informationszentrale: Da es über einen Telefonanschluss verfügte und Ilkows Sohn illegal in der Nationalsozialistischen Partei aktiv war, wurde hierher auf fernmündlichem Weg die aktuelle Lage aus Wien ins Burgenland berichtet und in der Folge die weitere Vorgangsweise eingeleitet.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten setzte Dr. Tobias Portschy, ein Freund und politischer Mitstreiter von Ilkows Sohn Herwig, Ing. Arnold Ilkow am Vormittag des 12. März 1938 als Bürgermeister ein. Noch am Nachmittag jenes Tages hielt das neue Stadtoberhaupt eine Ansprache an die Bevölkerung vom Erker des Rathauses aus.

Bereits am 14. März 1938 nahm Ilkow erste personelle Umbesetzungen vor und entließ jüdische Gemeindebedienstete. Er ordnete die Entlassung des Stadtphysikus Dr. Isidor Pap, des Tierarztes Greiner, des Wirtschaftsaufsehers Michael Kager und weiterer Personen an. Die Stelle des Magistratsdirektors blieb unbesetzt. In einer Kundmachung gab er bekannt, dass ab 21. März 1938 nichtarische Geschäfte geschlossen bleiben müssten, auch erhielten „Nichtarier“ beim Jahrmarkt keinen Platz mehr zugewiesen.

Wie weit Ilkow sonst an Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung beteiligt war, kann

nach derzeitigem Wissensstand nicht beantwortet werden. Ihm wurde nach dem Krieg die Beschlagnahmung von Weinfässern aus jüdischem Besitz zur Last gelegt, Verurteilung erfolgte deswegen jedoch keine, da er vor dem Verfahren verstarb.

Die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung Eisenstadts, v. a. Eisenstadt-Unterberg, hatte bereits nach der Machtergreifung stattgefunden: Rund 450 jüdische Bewohner mussten ihre Heimat verlassen, rund 110 Bewohner der einstigen Gemeinde Eisenstadt-Unterberg verloren in Konzentrationslagern ihr Leben. Von den Überlebenden kehrte kaum jemand nach dem Krieg zurück.

Ilkow machte sich bald nach der Machtübernahme an die Umgestaltung der Stadt. Bereits Ende März verkündete er die Öffnung des Schlossparks für die Allgemeinheit, mit dem fürstlich Esterházy'schen Ökonomieinspektorat führte er Korrespondenzen bezüglich der Umgestaltung des Schlossplatzes, die auch rasch in Angriff genommen wurde. Im Zuge der Neugestaltung des Schlossplatzes erfolgte die Verbreiterung der Einmündung in die Haydngasse, unterhalb des Brunnens wurde – unter Missbilligung der Esterházy'schen Verwaltung – eine WC-Anlage eingebaut. Diese Umgestaltung war Teil eines Aufbauprogramms, im Zuge dessen einmal mehr die Errichtung eines Schwimmbades vorgesehen war. Als Platz dafür hatte Ilkow bei der Geheimen Staatspolizei um Überführung einzelner beschlagnahmter Grundstücke aus jüdischem Besitz in das grundbücherliche Eigentum der Stadt angesucht.

Vor der Volksabstimmung für den Anschluss Österreichs am 10. April 1938 empfing Bürgermeister Ilkow am 6. April 1938 Reichsinnenminister Frick in Eisenstadt – angeblich 60.000 Menschen jubelten dem Minister zu. In einem von ihm gezeichneten Zeitungsaufruf forderte Ilkow die Eisenstädterinnen und Eisenstädter auf, ihr „Ja“ für den Anschluss zu geben.

Die Gemeinden Freistadt Eisenstadt, Unterberg, Oberberg, St. Georgen und Kleinhöflein wurden zusammengelegt, was durch die deutsche Gemeindeordnung, die am 1. Oktober 1938 in Kraft getreten war, ermöglicht wurde. Dadurch erhielten die Gemeinden neue Aufgaben, etwa die Führung des Standesamtes, wie auch größere Befugnis in der Mitsprache im kulturellen Bereich.

Die Stadt wuchs durch die Zusammenlegung mit den Umlandgemeinden mit einem Schlag auf rund 10.000 Einwohner an, verlor jedoch ihren Freistadt-Status.

Ilkow führte in der Folge Änderungen der Grundstücksgrenzen (Grundmeliorationen) durch, die darauf geplanten Projekte, die durch den freiwilligen Arbeitsdienst realisiert werden sollten, wurden aufgrund des Kriegsbeginns nicht in Angriff genommen.

Das Anfang der 1930er-Jahre errichtete Wasserleitungssystem wurde verbessert und auch das Kanalsystem ausgebaut. Da der Verkauf von Lebensmitteln im Freien aufgrund eines Gesetzes untersagt worden war, fand die Gemeinde in den Esterházy'schen Stallungen geeignete Räumlichkeiten und schloss einen entsprechenden Pachtvertrag ab.

Als verkehrstechnische Maßnahme ließ Ilkow die Rochus- und Antonigasse als

Umfahrungsstraße teeren und löste für eine Verbindung zwischen Antonigasse und Pfarrgasse Grund ein.

In den Jahren 1939 bis 1940 entstand durch die Heimstätte Donauland GmbH, die vormalige Beamtenwohnungsbaugesellschaft, die sogenannte „Kattnersiedlung“ südlich der heutigen Wormser Straße mit 44 Wohnungen.

Der Stadtkeller, einst Eis- und Lagerkeller, sollte zu einem Musterkeller ausgebaut werden, die Eröffnung desselben nahm später Ilkows Nachfolger Brünner vor.

Um die Stadt selbst für den Fremdenverkehr zu rüsten, ließ der Bürgermeister einerseits bauliche Maßnahmen wie die Renovierung des Rathauses vornehmen. Diese geschah auch unter Spendenbeteiligung der Bevölkerung.

In Vorbereitung auf den 130. Todestag Joseph Haydns hegte die Stadt Hoffnungen, endlich den Schädel des Komponisten zu erhalten. Obwohl die Chancen gutstanden, zerschlug der Krieg letztendlich den positiven Abschluss der Bemühungen. Das Gedenkjahr wurde mit zahlreichen Konzerten und Veranstaltungen begangen. Auch das Haydnmuseum erfuhr mit Unterstützung der Stadt einen Ausbau.

Ilkow wurde im April 1940 ohne Disziplinaruntersuchung oder Maßregelung wegen „politischer und weltanschaulicher Untragbarkeit“ als Bürgermeister entlassen. Grund dafür sollen nicht politische, sondern persönliche Zwistigkeiten zwischen Ilkow und Kreisleiter Edmund Brauner gewesen sein. Die Zeitungen verloren kein Wort darüber.

In der Folge versuchte Ilkow, in seinem Beruf wieder Fuß zu fassen. Erst im Juli 1941 erhielt er seine Autorisierung und war als Konsulent bei der Heimstätte Donauland tätig.

Bürgermeister Brünner betraute ihn über Umwege über das staatliche Organ der Wohnungsfürsorge mit der Erstellung eines Verbauungsplanes von Eisenstadt. Dieses Projekt wurde ihm nach eineinhalbjähriger Arbeit ohne Angabe von Gründen durch Bürgermeister Hohegger entzogen.

Am Karsamstag 1945 floh Ing. Ilkow gemeinsam mit seiner Frau und seiner Schwiegertochter mithilfe der Wehrmacht über den Tulbinger Kogel nach Amstetten und Bischofshofen. Von dort fuhren sie nach Pfaffenschwendt, einen Ortsteil von Fieberbrunn in Tirol, das Ilkow als Aufenthaltsort empfohlen worden war.

Ilkow wurde am 3. Mai 1946 in Pfaffenschwendt wegen des Verdachts des Hochverrats festgenommen und in Untersuchungshaft gebracht. Aufgrund seines Gesundheitszustandes wurde er ein Jahr später auf freien Fuß gesetzt. Er verstarb am 11. Oktober 1948 in Fieberbrunn.

Rudolf Brünner
eingesetzter Bürgermeister von 1940 bis 1941
und von 1943 bis 1945



Rudolf Brünner wurde am 14. März 1899 in Ebenfurth als Sohn von Karl und Aloisia Brünner geboren. Nach der Volksschule besuchte er drei Jahre die Bürgerschule und anschließend die Handelsschule.

1925 begann er in Eisenstadt bei der Niederlassung der Brauerei Liesing zu arbeiten, Anfang 1929 übernahm er die Stelle des Niederlassungsleiters. Bereits 1930 trat er der Nationalsozialistischen Partei bei, legte die Mitgliedschaft jedoch 1932, noch vor dem Verbot der Partei, auf Betreiben seines Arbeitgebers zurück. Anfang 1938 wurde er inhaftiert, da er als Überbringer von Briefen zu einem illegalen NSDAP-Mitglied in Neufeld/Leitha fungierte.

An den Demonstrationen am 11. März 1938 im Zuge der bevorstehenden Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich nahm Brünner aktiv teil und war zumindest an der Verhaftung von zwei Eisenstädter Bürgern beteiligt. Er trat im April 1938 dem NSKK, dem Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps, bei und wurde zum Vizebürgermeister von Eisenstadt bestellt. Nach der Absetzung von Ing. Arnold Ilkow im April 1940 übernahm er die Aufgabe des geschäftsführenden Bürgermeisters. Damit war er Teil des sogenannten Ortsdreiecks, das aus dem Bürgermeister, dem Ortsgruppenleiter und dem Ortsbauernführer bestand. Während der Ortsgruppenleiter vor allem die Parteiinteressen vertrat, kamen dem Bürgermeister in erster Linie verwaltungstechnische Aufgaben zu, der Ortsbauernführer vertrat Standesinteressen.

Die Stadtverwaltung stellte unter dem geschäftsführenden Bürgermeister Brünner einen Zehnjahresplan für die Stadt auf. Eine der ersten Taten des geschäftsführenden Bürgermeisters Brünner, der ab 1940 zugleich Kreispropagandaleiter war, war die Installation eines Lautsprechers auf dem Eisenstädter Hauptplatz. Im Rathaus wurde eine Sendeanlage installiert, bald darauf erhielten auch Kleinhöflein und St. Georgen sowie Oberberg-Eisenstadt Lautsprecheranlagen. Zur Attraktivierung der Stadt ließ Brünner bei der Magdalenenkapelle und vor der Haydnkirche kleine Parks anlegen und förderte die Verschönerung des Stadtbildes, „um gleich nach dem Krieg auf diesem Gebiet vorbereitet zu sein“, wie die Grenzmark Zeitung 1941 schrieb. Brünner setzte sich zudem für die Verbesserung der Straßen ein. Von ihm propagierte Maßnahmen wie der Bau eines Bades und einer Sportanlage konnten hingegen während seiner gesamten Amtszeit als geschäftsführender Bürgermeister nicht realisiert werden.

Zu Beginn des Jahres 1941 wurde das Amt des geschäftsführenden Bürgermeisters ausgeschrieben, am 1. Mai übergab Brünner das Amt an Franz Hohegger, der sich aus Waidhofen/Ybbs beworben hatte. Brünner selbst blieb Stadtkämmerer, also Verwalter der Finanzen. In seinen Aufgabenbereich fielen die wirtschaftlichen Fragen, die Leitung des gesamten Weinbaus und der Kellerwirtschaft sowie die Verwaltung der Finanzen. 1942 wurde er zur Wehrmacht eingezogen. Aus Personalmangel in der Verwaltung der Stadt suchte sein Nachfolger Hohegger im Herbst 1942 um Brünners Freistellung vom Wehrdienst an, diese wurde vorerst abgelehnt. Noch im Jänner 1943 befand sich Brünner bei der Motorgruppe Luftwaffe, 4. Regiment, im Osten, im Mai 1943 kehrte er schließlich nach Eisenstadt zurück. Er übernahm abermals das Amt des geschäftsführenden Bürgermeisters in Vertretung des nun eingerückten Hohegger.

Am 20. September 1943 wurde Brünner unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter auf Lebenszeit bis auf Widerruf als „1. Beigeordneter und derzeitiger geschäftsführender Bürgermeister“ zum Standesbeamten der Freistadt Eisenstadt ernannt, als Beigeordnete unterzeichneten Wagner und Palham. Als Bürgermeister war er zugleich Vorgesetzter der Schutzpolizeidienstabteilung in Eisenstadt und nützte diese Stellung unter der mehrfachen Aussprache von Bedrohungen aus. Brünner missbrauchte seine Machtposition mehrfach nicht nur gegenüber politischen Gegnern, sondern übte auch Willkür gegenüber Privatpersonen, indem er sie teilweise massiv bedrohte. Auch polnische Zivilarbeiter sagten nach dem Krieg aufgrund erlittener schwerwiegender Misshandlungen gegen den ehemaligen Bürgermeister aus. Er hatte unter anderem einen von ihnen im Zuge der Aufräumarbeiten nach der Bombardierung Eisenstadts am 10. Mai 1944 mit einer Schaufel geschlagen. Im August 1944 gab Brünner neben Kreisleiter Edmund Brauner und Ortsgruppenleiter Kaspar Visotschnig den Hinweis zur Verhaftung von Paul Koller, Adalbert Riedl, HR Dr. Adolf Schwarz, Franz Kummer und Ignaz Till. Letzter wurde daraufhin nach Dachau gebracht, wo er bis zur Befreiung im Mai 1945 inhaftiert war.

Im April 1945 rückte Brünner mit dem Volkssturm aus Eisenstadt ab und traf in Hörsching auf seine Familie. Dort wurde er, nachdem er im Dezember 1945 zur Verhaftung ausgeschrieben worden war, im März 1946 festgenommen. Daraufhin wurde er im Gefangenenhaus Linz in Verwahrungshaft genommen und in der Folge an das Volksgericht Wien überstellt.

Vom Volksgericht wurde er wegen Misshandlungen, Quälereien und Drohungen am 10. April 1947 zu einer schweren Kerkerstrafe in der Dauer von vier Jahren, verschärft durch ein hartes Lager vierteljährlich, und zum Ersatz der Kosten des Strafverfahrens und des Strafvollzugs verurteilt. Zudem wurde Vermögensverfall angeordnet. Ein gegen ihn geführtes Verfahren wegen Arisierung jüdischen Eigentums wurde eingestellt.

Rudolf Brünner wurde im Rahmen der Amnestie 1957 durch den Bundespräsidenten begnadigt. Er starb am 3. Dezember 1963 in Eisenstadt.

Franz Hohegger

eingesetzter Bürgermeister von 1941 bis 1943



Franz Hohegger wurde am 11. Mai 1901 in Selzthal, Bezirk Liezen, als Sohn des Reichsbahnbeamten Franz Hohegger und dessen Frau Anna geboren. Später übersiedelte seine Familie nach Waidhofen/Ybbs, wo er die Oberrealschule absolvierte und 1920 die Matura ablegte. Nach neunmonatiger Tätigkeit bei einer Baufirma trat Franz Hohegger 1922 als Kassen- und Rechnungsbeamter in den Dienst der Stadtgemeinde Waidhofen/Ybbs ein. Bereits in seiner Jugend war Hohegger in der deutsch-nationalen Studentenschaft aktiv – seinen eigenen Angaben nach war er einer der Mitbegründer einer HJ-Formation in Waidhofen/Ybbs und trat 1924 der damaligen NSDAP bei. Die Ortsgruppe wurde 1926 aufgelöst, Hohegger stellte sein politisches Engagement vorläufig ein.

Um 1930 schloss er sich dem Heimatschutz an, dessen Mitglied er bis zum „Pfrimer-Putsch“ blieb. Ziel dieses von der Steiermark ausgehenden Staatsstreiches, für den der Landesleiter des Steirischen Heimatschutzes Walter Pfrimer gemeinsam mit Carl Ottmar Lamberg im September 1931 verantwortlich zeichnete, war die Installierung einer „Heimwehrregierung“ in Österreich.

Im Juni 1932 trat Hohegger der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter Partei bei. Auch nach dem Verbot der Partei 1933 war Hohegger weiterhin für sie aktiv. So war es seine Aufgabe, ab 1933 in Waidhofen/Ybbs eine Schutzstaffel aufzustellen. Aufgrund dieser illegalen Betätigung wurde er mehrfach in Haft genommen und 1934 ins Anhaltelager Wöllersdorf gebracht. Während seiner Inhaftierung leitete die Stadtgemeinde Waidhofen/Ybbs gegen ihn ein Verfahren wegen Verstoßes gegen den Diensteid ein, das seine Entlassung ohne Disziplinarverfahren zur Folge hatte. Begründet wurde die Entlassung damit, dass Hohegger staats- und regierungsfeindliche Bestrebungen gefördert und andere zu staats- und regierungsfeindlicher Betätigung verleitet hatte.

Nach seiner Rückkehr aus Wöllersdorf war Hohegger arbeitslos, da er aufgrund seiner politischen Einstellung keine Anstellung annehmen durfte. Er wurde in dieser Zeit finanziell durch seinen Vater unterstützt und schlug sich als Gelegenheitsarbeiter durch, blieb jedoch weiterhin im Untergrund politisch aktiv. Im Zuge eines geheimen Treffens von Nationalsozialisten in St. Pölten wurde Hohegger verhaftet und im August 1937 zu vier Monaten strengem Arrest verurteilt. Nach seiner Entlassung, die laut seinen Angaben aufgrund der Intervention eines SS-Führers im „Altreich“ erfolgt war, floh er nach Deutschland und kam bei der SS-Legion in Ranis in Thüringen unter.

Infolge des „Anschluss“ Österreichs an Deutschland kehrte er 1938 in seine Heimat und bereits am 23. März 1938 an seinen früheren Arbeitsplatz, die Gemeinde Waidhofen/Ybbs, zurück, wo er als Rechnungsoberrevident der Stadtgemeinde fungierte. Von dieser forderte er eine Wiedergutmachung für „die erlittenen materiellen Schäden“, die ihm auch ausbezahlt wurde. Darüber hinaus betätigte sich Hohegger auch weiterhin als eine der führenden Personen in der NSDAP in Waidhofen. So war er Führer der SS in Waidhofen/Ybbs (Sturm 11 der 52. SS-Standarte).

Dass Hohegger an Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung von Waidhofen/Ybbs direkt beteiligt war, konnte nicht eindeutig nachgewiesen werden, allerdings dürften von ihm als örtlichen SS-Führer entsprechende Weisungen ausgegangen sein. Zudem war er Vertrauensmann des SD (Sicherheitsdienstes) in Waidhofen.

Im Zuge der Novemberpogrome wurden in Waidhofen drei Objekte jüdischer Bewohner zerstört, im Dezember 1939 erklärte sich die Stadt „judenfrei“.

Nach Ausbruch des Krieges meldete sich Hohegger freiwillig zur Waffen-SS. Er rückte am 10. September 1939 zum 4. SS-Totenkopfbataillon „Ostmark“ nach Linz ein, das Regiment wurde im November 1939 nach Prag verlegt, im selben Jahr wurde Hohegger zum SS-Unterscharführer d. R. befördert. In Breslau absolvierte er einen Führeranwärterkurs und danach die SS-Junkerschule Tölz, wodurch er den Rang eines SS-Obersturmführers erreichte.

Aufgrund seiner Parteitreue erhielt er mehrere Orden, darunter den Blutorden, eine Auszeichnung, mit der besonders getreue Nationalsozialisten bedacht wurden, und er galt aufgrund seiner frühen Parteizugehörigkeit als „Alter Kämpfer“.

Über Antrag wurde er 1940 als Unabkömmlich (UK) vom Wehrdienst freigestellt und trat am 1. Mai erneut seinen Dienst bei der Stadt Waidhofen/Ybbs an.

Am 6. Februar 1941 richtete Franz Hohegger sein Bewerbungsschreiben um die ausgeschriebene Stelle des hauptamtlichen Bürgermeisters der Freistadt Eisenstadt an den „Geschäftsführenden Bürgermeister und 1. Beigeordneten der Freistadt Eisenstadt“ Rudolf Brünner. Hohegger wurde unter 47 Bewerbern ausgewählt, am 1. April 1941 vereidigte ihn Landrat Rapp zum hauptamtlichen Bürgermeister von Eisenstadt.

Unter Bürgermeister Hohegger erfolgte unter anderem eine Neuregelung der Marktordnung sowie eine neue Satzung der Verlautbarungen. Demnach wurden die Verlautbarungen durch einen Trommler durch Anschlag auf Bekanntmachungstafeln ersetzt. Zudem gab er die Auflassung des 3. Polizeireviers in Eisenstadt sowie die Aufstellung einer Schutzpolizeidienststelle bekannt. Wie schon seine Vorgänger Ilkow und Brünner versuchte Hohegger in Eisenstadt eine Sportstätte zu realisieren, was jedoch scheiterte.

Die Amtsgeschäfte mussten aufgrund fehlenden Personals zurückgefahren werden. So verfügte das Rathaus über einen Sachbearbeiter für Fürsorgeangelegenheiten, der zugleich die Agenden des eingerückten Standesbeamten übernommen hatte, den Leiter des

Stadtbauamtes, der ohne Hilfskräfte zugleich auch Leiter des städtischen Wasserwerkes war, sowie eine Beamtin. Ansonsten standen dem Bürgermeister nur Kriegsaushilfen zur Verfügung. Um Unterstützung zu erhalten, hatte er bereits 1942 um Freistellung seines Vorgängers Rudolf Brünner vom Wehrdienst angesucht, was vorerst abgelehnt wurde. Hohegger wurde 1943 als Reservist der Waffen-SS zu dieser eingezogen.

Im Dezember 1945 wurde gegen Franz Hohegger ein Verfahren wegen §§ 10/11 VG eingeleitet. Er wurde nach dem Krieg per Steckbrief gesucht, diese Suche blieb erfolglos; das Verfahren gegen ihn wurde am 19. August 1955 eingestellt.

Laut Sterbebucheintrag vom 4. August 1959 des Standesamts Eisenstadt war Franz Hohegger am 6. Juni 1945 in Teupitz (Kreis Teltow) in einem Kriegsgefangenenlazarett verstorben.

Prof. Franz Elek-Eiweck

eingesetzter Bürgermeister von 1945 bis 1950



Franz Eiweck wurde am 21. September 1883 als Sohn einer Landwirtfamilie in Eisenstadt geboren. 1902 ließ er seinen Namen magyarisieren (Elek), nach dem Ersten Weltkrieg führte er den Doppelnamen Elek-Eiweck.

Franz Eiweck besuchte die Bürgerschule und absolvierte danach die Lehrerbildungsanstalt in Modern (heute Modra in der Slowakei) und anschließend das Pädagogikum für Bürgerschullehrer in Budapest, wo er die Fächer Geschichte, Geographie, Turnen und Zeichnen studierte. Bereits während dieser Zeit war er künstlerisch tätig. Nach Abschluss der Ausbildung unterrichtete er bis 1920 an Minderheitenschulen in Rumänien und später in Temesvár, das damals noch in Ungarn lag.

1920 erfolgte die Rückkehr in die Heimat, wo Elek-Eiweck eine Anstellung als Volksschullehrer erhielt, ab 1922 unterrichtete er an der Hauptschule. Bald darauf nahm er ein Studium an der Akademie der bildenden Künste auf, wo er sich von 1924 bis 1928 zum akademischen Maler ausbilden ließ.

In Eisenstadt war er im Ausschuss des 1923 gegründeten „Vereins der Eisenstädter Kunstfreunde“, der Ausstellungen organisierte und so einen Beitrag zum kulturellen Leben der Stadt leistete. Künstlerisch betätigte sich Elek-Eiweck auf mehreren Ebenen: Inspiriert von der burgenländischen Heimat schuf er Ölbilder, Aquarelle, Zeichnungen und Radierungen. Als Bildhauer wurde er von der Stadt Eisenstadt mit der Gestaltung eines Kriegerdenkmals beauftragt, das 1934 an der Nordseite der Stadtpfarrkirche feierlich enthüllt wurde. Das Denkmal wurde im Zuge der Renovierungsarbeiten an der Kirche in den 1950er-Jahren entfernt.

1929 kandidierte Prof. Elek-Eiweck bei der Gemeinderatswahl hinter Bürgermeister Paul Koller an zweiter Stelle für die Sozialdemokratische Partei und wurde daraufhin von 1929 bis 1934 zum Stadtrat bestellt. Bis 1945 war er weiterhin als Hauptschullehrer tätig.

Nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Eisenstadt im April 1945 setzten die sowjetischen Verantwortlichen Prof. Franz Elek-Eiweck als „starosta“ – Bürgermeister – ein. Als erster Schritt wurde eine provisorische Gemeindeverwaltung, der Vertreter der drei Parteien KPÖ, Christlichsoziale und Sozialdemokraten angehörten, gebildet. Am 8. Juli 1945 konstituierte sich unter Vorsitz des beauftragten Bürgermeisters Elek-Eiweck der Stadtsenat, unter dessen Mitgliedern unterschiedliche Aufgaben verteilt wurden. Um dem Befehl des

Ortskommandanten nach Aufrechterhaltung des normalen Lebens und der Ordnung nachzukommen, hatten vor allem die Sicherstellung von Ernährung und Wohnraum sowohl für sowjetische Soldaten als auch für Heimkehrer, der Aufbau der Verwaltung wie auch des Sicherheitswesens oberste Priorität.

In Folge einer vorläufigen Neuordnung des Gemeinderechts vom 10. Juli 1945 erfolgten im Oktober 1945 geringfügige Änderungen im Stadtsenat, indem dieser von 11 um die beiden Bürgermeister aus St. Georgen und Kleinhöflein auf 13 Mitglieder erweitert wurde. Beide Gemeinden waren zu jener Zeit noch Teil von Eisenstadt.

Eine der wichtigsten Aufgaben Elek-Eiwecks als beauftragter Bürgermeister war es, als Bindeglied zwischen der Bevölkerung und der Besatzungsmacht zu agieren, was von ihm Fingerspitzengefühl und diplomatisches Geschick erforderte. Zur Kontrolle der prekären Lebensmittelsituation ordnete er am 6. April 1945 im Auftrag der russischen Kommandantur eine „Volks-, Vieh- und Gerätezählung“ an. Zur Sicherung der Lebensmittelversorgung wurde, wie auch in den anderen Gemeinden, ein Kontrollausschuss gebildet, dem neben einem Vertreter der Produzenten und Konsumenten auch der beauftragte Bürgermeister Franz Elek-Eiweck angehörte. Zudem lag es in seiner Verantwortung, die Bevölkerung für Aufräumungsarbeiten und später für den Ernteanbau zu mobilisieren.

Daneben galt es auch, die Behebung von kriegsbedingten Schäden zu koordinieren. Zwar gelang es der NEWAG im Herbst 1945, die Stromversorgung in ihrem Gebiet wieder aufzunehmen, doch war diese für die Bevölkerung teilweise nur eingeschränkt vorhanden, dasselbe galt für die Wasserversorgung. Mehrfach rief der Bürgermeister die Bevölkerung auf, sowohl den Strom- als auch den Wasserverbrauch möglichst gering zu halten. Um wenigstens Material zum Heizen zu haben, erlaubte die Stadt jenen Bürgern, die selbst keinen Wald besaßen, Holz aus dem Gemeindewald zu schlägern. Auch konnte Elek-Eiweck ein Übereinkommen mit der Esterházy'schen Forstverwaltung treffen, aufgrund dessen berechnete Personen bestimmten Waldparzellen Holz entnehmen durften.

Eine weitere Aufgabe der Gemeinde galt der Entnazifizierung sowie der Beseitigung der Spuren aus der nationalsozialistischen Zeit: Straßen, Behörden und Ämter erfuhren in kürzester Zeit eine Umbenennung, Hakenkreuze und Hitler-Bilder verschwanden aus dem öffentlichen Raum. 748 Männer und 252 Frauen hatten sich in Eisenstadt (ohne St. Georgen und Kleinhöflein) aufgrund der Registrierungspflicht wegen eines Naheverhältnisses zur Nationalsozialistischen Partei gemeldet. Eine kommunale Säuberungskommission entschied über Dienstenthebungen und Entlassungen.

Die Schulen der Stadt waren von russischen Militärs besetzt, was vorerst das Unterrichten unmöglich machte. Elek-Eiweck setzte sich vehement beim russischen Ortskommandanten für eine Räumung der Schulen ein, woraufhin ein Teil davon im Sommer 1945 freigegeben wurde. In der Folge konstituierte sich ein Stadtschulrat, dem auch der Bürgermeister

angehörte, und der die Wiederinstandsetzung der Schulgebäude bis hin zur Lehrstellenbesetzung in Angriff nahm.

Die Wiederherstellung der Schulen betraf Elek-Eiweck auch in seiner Funktion als Bezirksschulinspektor. Als solcher initiierte er im November 1946 eine Kunstaussstellung wie auch die Neugründung des „Burgenländischen Kunstvereins“, dem er als Obmann vorstand. Zudem war er Leiter der Volkshochschule der Arbeiterkammer Burgenland, die unterschiedliche Fortbildungskurse und Vorträge anbot.

Gesellschaftlich wurde versucht, durch Sport- oder Tanzveranstaltungen, kirchliche Feste und kulturelle Veranstaltungen Unterhaltung und Ablenkung vom Alltagsleben zu bieten. Im Mai 1947 wurden Burgenländische Festspiele im Haydntaal veranstaltet, die medial über die Landesgrenzen hinaus Beachtung und im Jahr darauf ihre Fortsetzung fanden. Im selben Jahr eröffnete Bürgermeister Elek-Eiweck feierlich das Freibad im Maschinenteich. Da sich dieses als nicht optimal erwies, gab die Stadtgemeinde Gutachten für einen alternativen Standort in Auftrag, der im Bereich hinter dem Maschinenhaus gefunden wurde.

Mit großem Aufgebot wurde 1948 – trotz der für die Stadt schwierigen Situation – das Jubiläum anlässlich der Freistadterhebung vor 300 Jahren begangen. Im Rathaus begrüßte Bürgermeister Elek-Eiweck dazu Vertreter der Bundes- und Landesregierung, an die Burgenländischen Festspiele schlossen weitere Feierlichkeiten an. Im Herbst des Jubeljahres fand eine Kunstaussstellung statt, bei der auch das 25-jährige Bestehen des Kunstvereins gefeiert wurde. Besonders gerühmt und auch mit einem Preis ausgezeichnet wurden dabei die Werke von Prof. Franz Elek-Eiweck. Als Sportveranstaltung wurden im Jubiläumsjahr burgenländische Leichtathletikmeisterschaften abgehalten, die jedoch stark das Fehlen von geeigneten Sportanlagen aufzeigten. Auf der Suche nach einem geeigneten Standort wurde man schließlich im Schlosspark fündig, die Planungsarbeiten für den Bau des Stadions im Bereich des Lindenswaldes begannen 1950.

In einer Sitzung der von Landeshauptmannstellvertreter Wessely geleiteten Initiative hinsichtlich des Ausbaus der Landeshauptstadt wurden Ende 1948 die Weichen für weitere Bauprojekte gestellt. Im Vordergrund der Gespräche standen die Errichtung der zentralen Verwaltungsgebäude, eines Gebäudes für die Unterbringung des Landesgerichts, eines zentralen Postamtsgebäudes mit Telefonzentrale sowie eines Mittelschulgebäudes und einer Zentralautobusgarage. Wenngleich viele dieser Maßnahmen – die Errichtung des Bundesgymnasiums oder die Unterbringung der Landesregierung im Schloss aufgrund der Zerstörung im Landhaus – nicht in erster Linie die Aufgabe der Stadt darstellten, war der Bürgermeister dennoch in diese Angelegenheiten stets eingebunden, galt es doch, gemeinsame Lösungen zu finden. Dies zeigt auch der 1949 begonnene Bau der Handelskammer auf der Osterwiese: Die Stadt hatte dafür den Grund kostenlos zur Verfügung gestellt. In unmittelbarer Nähe begannen 1950 die Bauarbeiten für das Bundesgymnasium.

1950 fanden in Eisenstadt die ersten freien Gemeinderatswahlen seit 1931 statt. Im selben Jahr ging Prof. Franz Elek-Eiweck in Pension, davor war ihm aufgrund seiner Verdienste der Titel Regierungsrat verliehen worden. Bis 1953 war er noch künstlerisch tätig, danach musste er seine Leidenschaft krankheitsbedingt aufgeben. Prof. Franz Elek-Eiweck starb am 6. Jänner 1959 im Alter von 76 Jahren in Eisenstadt. Er hinterließ nicht nur ein beachtliches künstlerisches Oeuvre, sondern er war es auch gewesen, der Eisenstadt nach 1945 in jene erfolgreiche Bahn gelenkt hatte, auf der seine Nachfolger aufbauen konnten.

Hans Tinhof

gewählter Bürgermeister von 1950 bis 1977



Johann Tinhof wurde am 7. November 1915 als erster Sohn eines Eisenstädter Landwirtspaares geboren. In seiner Heimatstadt besuchte er die Volks- und Hauptschule und wählte anschließend den Weg an die Lehrerbildungsanstalt der Schulbrüder in Wien-Strebersdorf. Diese schloss er mit Matura ab. Nach seiner Ausbildung unterrichtete Johann Tinhof in Mattersburg, Eisenstadt, Großhöflein und Donnerskirchen, ehe er im Dezember 1938 zur Deutschen Wehrmacht eingezogen wurde. Während des Zweiten Weltkriegs war er in Norwegen und an der Ostfront stationiert, 1945 geriet er als Oberleutnant in britische Kriegsgefangenschaft. Bereits im Herbst 1945 kehrte er in seine Heimat zurück. Er legte noch fehlende Prüfungen ab, begann an der Hauptschule in Eisenstadt Mathematik und Turnen zu unterrichten und wurde später zum Direktor der Hauptschule bestellt.

Bereits vor dem Krieg war Tinhof in der Christlich-Deutschen Turnerschaft aktiv gewesen. 1947 trat er der ÖVP bei, wurde zum Stadtparteiobmann gewählt und zog in den Gemeinderat ein. Im Zuge der ersten freien Gemeinderatswahlen nach dem Zweiten Weltkrieg wählten ihn die Mitglieder des Gemeinderats einstimmig zum Bürgermeister von Eisenstadt.

Im Juni 1964 wurde Hans Tinhof als Landesrat für Schulangelegenheiten Mitglied der burgenländischen Landesregierung und übte diese Funktion bis 1971 aus.

Hans Tinhof engagierte sich darüber hinaus in zahlreichen Organisationen. Er übte unter anderem die Funktion des Jugendreferenten und Obmanns der Österreichischen Turn- und Sportunion sowie des Obmanns der Burgenländischen Bau-, Wohn und Siedlungsgenossenschaft aus und war Mitglied der Geschäftsleitung des Österreichischen Gemeindebundes, Obmann-Stellvertreter des Wasserleitungsverbandes Nördliches Burgenland und Vorsitzender des Verwaltungsausschusses der Sparkasse der Freistadt Eisenstadt.

Tinhofs Bürgermeisterzeit war vor allem vom spürbaren Aufbruch bestimmt. Während die ersten fünf Jahre noch unter dem Blick der Aufsicht der sowjetischen Verwaltung verliefen, schaffte es Tinhof dennoch bereits in jener Zeit, Aufschwung für die Stadt herbeizuführen. Dabei war die Hauptaufgabe, die jahrelang unterbliebenen Investitionen auf allen Ebenen der Gemeinde bestmöglich zu kompensieren.

Als Lehrer war es eines seiner wichtigsten Anliegen, rasch eine Infrastruktur für die Schülerinnen und Schüler zu schaffen, denn Tinhof erkannte die direkte Auswirkung des Ausbaus von Schulen auf die Wirtschaft. So wurde durch Zukauf von Gärten und Scheunen durch die Stadt ab 1952/1953 hinter der 1910 fertiggestellten Volksschule eine Turnhalle errichtet, die auch den Sportvereinen offenstehen sollte.

Der Betrieb der Handelsschule war 1945 eingestellt worden, erst 1952 konnte er wieder aufgenommen werden, 1957 wurde neben der Volksschule die neuerrichtete Handelsschule eröffnet. Nachdem die Handelsschule, die Handelsakademie und die Sonderschule 1965 in das Hauptschulgebäude am Schubertplatz übersiedelt waren, wurde das Handelsschulgebäude baulich mit der Volksschule verbunden, die daraufhin modernisiert und ausgebaut wurde. Nach langen Verhandlungen konnten die von der Stadt geführten Schulzweige Handelsakademie und Handelsschule 1972 in eine Anstalt des Bundes überführt werden.

Da auch die Räumlichkeiten der 1881 errichteten Hauptschule zu eng wurden, entschloss sich die Stadt 1957 zu einem Neubau. Als Standort wurde die Ried „Rosental“ östlich des Schlossparks gewählt, wo zwischen 1964 und 1966 nach Plänen von Architekt Fritz Mostböck das neue Gebäude entstand. Neben jenen Schulbauten, die von der Stadt initiiert wurden, entstanden zusätzlich vom Bund (Gymnasium Kurzwiese, 1950 bis 1952) sowie vom Land (Landwirtschaftliche Fachschule 1950 bis 1951; Landesberufsschule 1960 bis 1965) finanzierte Bildungsstätten. Auch die 1960 gegründete Diözese Eisenstadt beteiligte sich an der Errichtung von Bildungsstätten und baute auf den ehemaligen Wolfgründen ein Gymnasium (1959 bis 1969) sowie eine Pädagogische Akademie (1966 bis 1968). Mit der Höheren Technischen Lehranstalt kam 1972 ein weiterer Schultyp nach Eisenstadt. Nach Verhandlungen durch die Stadt wurde dieser Zweig vorerst im ehemaligen Gebäude der BEWAG auf der Osterwiese untergebracht.

Der Landesfeuerwehrverband errichtete nahe der ehemaligen Schießstätte zwischen 1964 und 1968 die Landesfeuerwehrschule als Landesfeuerwehrkommando und Ausbildungsstätte. Die durch das Volksbildungswerk betriebene Musikschule Eisenstadt wurde 1956 zur Landes- und Volksmusikschule umbenannt mit den Aufgaben, die Schülerinnen und Schüler auf den Übertritt in die Musikakademie oder in ein Konservatorium vorzubereiten. Der Unterricht fand vorerst in der Volksschule, später im Volksbildungswerk statt. Zwischen 1966 und 1971 wurde schließlich ein eigenes Gebäude errichtet.

Der Ausbau der Schulen brachte wichtige Impulse für die Schulstadt Eisenstadt und wengleich nicht alle Bildungsstätten in der Verantwortung der Stadt lagen, hatte diese doch für die Schaffung entsprechender Infrastruktur zu sorgen: Ausbau von Straßen, Beleuchtung, Kanal, Elektrizität usw. Denn diese waren rund ein Jahrzehnt lang vernachlässigt worden. So wurde das Kanalnetz, das sich bis 1950 nur auf die Innenstadt beschränkte, ausgebaut und an eine Kläranlage angeschlossen.

Um die Entwicklung der Stadt in geregelte Bahnen zu lenken, beschloss der Gemeinderat unter Bürgermeister Hans Tinhof einen Flächenwidmungsplan für den Wohnbau, Handels- und Industriebereich. Die für den wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt nötige Ansiedlung von Industriebetrieben sollte nach Gemeinderatsbeschluss im Bereich der ehemaligen Kuhweide im Süden der Stadt erfolgen, wofür die Stadt auch Grundstücke zur Verfügung stellte.

Die Zahl der Bewohner Eisenstadts verzeichnete zwischen 1951 und 1971 einen Zuwachs um 33 Prozent, was neuen Wohnraum notwendig machte. Die Aufgabe der Stadt war es, neue Wohngebiete aufzuschließen. Westlich des Schlossparks entstand rund um ein NEWAG-Belegschaftsheim eine Einfamiliensiedlung der Elektrizitätsgesellschaft. Östlich des Schlossparks setzte ebenso Bautätigkeit ein. In der Langriedgasse entstand zwischen 1963 und 1964 die erste Reihenhaussiedlung Eisenstadts, in der Nähe dazu wurde später eine Doppelhaussiedlung gebaut (1969 bis 1970).

Als Lückenschluss zwischen dem Bereich südlich der Stadtmauer und dem Bahnhof wurde zwischen 1969 und 1971 Eisenstadts erstes – und einziges – Hochhaus errichtet. In der Zeit zwischen 1945 und 1975 entstanden knapp 1.000 Wohnungen, was für die Stadt stets neue Aufschließungen bedeutete.

Das 1934 in den Besitz der Gemeinde gelangte und 1938 an einen Industriellen verkaufte Gloriette-Gebäude war 1947 zurückgekauft worden. 1951 beschloss der Gemeinderat, in dem Gebäude eine Jugendherberge einzurichten, damit die Jugend des Landes die Möglichkeit erhalte, die Landeshauptstadt kennenzulernen. Die Eröffnung der Jugendherberge fand 1953 statt.

Ein weiteres wichtiges Anliegen Tinhofs war es, für die Jugend Platz für Sport und Bewegung zu schaffen. Nachdem erste Versuche zur Errichtung eines Bades im Maschinenteich im Park gescheitert waren, entschied sich die Stadtregierung zum Neubau einer Freibadanlage hinter dem Maschinenhaus. Im Mai 1952 nahm Bürgermeister Hans Tinhof den Spatenstich vor, im Jahr darauf konnte der Badebetrieb aufgenommen werden. Zum weiteren Ausbau der Sport- und Freizeitanlagen in Eisenstadt wurde im selben Jahr auch die Landessportanlage – das sogenannte Lindenstadion – im Schlosspark eröffnet. Als Veranstaltungsort für Schulen und Vereine in der Stadt eröffnete Bürgermeister Tinhof im Bereich des heutigen Kultur- und Kongresszentrums 1957 die Stadthalle mit einer Bühne und rund 250 Sitzplätzen.

Da der Park zu jener Zeit unter der Verwaltung der Sowjetischen Besatzungsmacht stand, mussten nach der Flucht Dr. Paul Esterházy aus Ungarn 1956 nachträglich die rechtlichen Grundlagen für die Benützung des Parks geschaffen werden. 1962 gelangten die langwierigen Pachtverhandlungen schließlich zum Abschluss. Bürgermeister Tinhof erreichte darin, dass der Park, mit Ausnahme eines gesperrten Teils, weiterhin für die Öffentlichkeit offenstand. Zudem konnte er beim Franziskanerkloster einen Durchbruch durch die Stadtmauer erreichen, sodass ein direkter Zugang zum Park von der Stadt gewährleistet war.

Schließlich wurden auf Betreiben der Österreichischen Turn- und Sportunion im Bereich der abgetragenen Treibhäuser noch Tennisplätze errichtet.

Um auch das Stadtbild zu attraktivieren, rief Bürgermeister Hans Tinhof den bereits vor 1938 gegründeten Verschönerungsverein wieder ins Leben, durch den auch die Bürger eingeladen waren, sich an der Ortsbildgestaltung zu beteiligen. So wurden durch eine „Stiftungsbänkeaktion“ Sitzgelegenheiten in der Stadt aufgestellt. Die Stadt setzte hierzu vielfältige Maßnahmen wie die Instandsetzung einzelner Straßen oder die Anbringung von Blumenkästen im Stadtgebiet.

Ein weiteres erklärtes Ziel von Bürgermeister Tinhof war die Etablierung Eisenstadts als Tourismusstadt. Sie wurde im Zuge des Burgenländischen Fremdenverkehrsgesetzes vom 18. Oktober 1966 an der Spitze von 47 Gemeinden zur Fremdenverkehrsgemeinde erklärt und in der Folge ein Fremdenverkehrsausschuss eingerichtet. Zudem gelang es, Eisenstadt zunehmend als Ort für Tagungen und Kongresse zu etablieren. Als Plattform für den burgenländischen Wein fand 1964 auf dem Gelände des Schwechaterhofes die erste „Burgenländische Weinwoche“ statt, die schon rasch zum Besuchermagneten wurde.

Eine wesentliche Veränderung für die Stadt brachte die Eingemeindung von Kleinhöflein und St. Georgen im Jahr 1971, die Bürgermeister Tinhof im Amtsblatt mit dem Titel „Wir bauen eine moderne Stadt“ einleitete. Durch die Eingemeindung verzeichnete Eisenstadt bei der Volkszählung 1971 nun 10.062 Einwohner, was sich auch auf die Zahl der Gemeinderatsmandate bei der nächsten Wahl auswirkte: Die Mandate waren von 23 auf 29 erhöht worden, bei der Wahl 1972 erreichte die ÖVP 3.791 Stimmen und 18 Mandate (plus 6 gegenüber 1967), die SPÖ erhielt 2.260 Stimmen und elf Mandate (plus 1).

Das Wachsen der Stadt – sowohl durch die Eingemeindung als auch durch den anhaltenden Zuzug – weitete den Aufgabenkreis des Bürgermeisters aus, veränderte Lebensweisen und die zunehmende Mobilität machten auch hier entsprechende Maßnahmen notwendig. 1976 gab Bürgermeister Tinhof bei Univ.-Prof. DI Dr. Hermann Knoflacher einen Generalverkehrsplan in Auftrag, darüber hinaus wurden im Gemeinderat Bebauungspläne für die weitere Ausdehnung der Stadt beschlossen. Als weiteren wichtigen Impuls für die Entwicklung der Stadt im touristischen Bereich kündigte Hans Tinhof den Bau eines Hotels und eines Kongresszentrums an. Die Realisierung dieses Projekts erfolgte jedoch unter seinem Nachfolger. Am 14. November 1977 übergab Hans Tinhof das Amt des Bürgermeisters an Kurt Korbatits. Damit endete eine 27-jährige Ära, in der die Stadt eine unglaubliche Veränderung und einen steten Aufschwung erlebt hatte.

Für seine Verdienste war Tinhof mehrfach ausgezeichnet worden: So bekam er das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich und das Komturkreuz des Bundeslandes Burgenland verliehen.

Am 16. Februar 1978 beschloss der Gemeinderat, Hans Tinhof zum Ehrenbürger der Stadt zu ernennen. Noch im selben Jahr, am 5. September, verstarb Eisenstadts längstdienender Bürgermeister unerwartet in seiner Heimatstadt.

Reg. Rat Kurt Korbatits
gewählter Bürgermeister von 1977 bis 1990



Kurt Korbatits wurde am 2. September 1937 in Wien als Sohn des aus dem Südburgenland stammenden Ehepaars Johann und Theresia Korbatits geboren. Nachdem sein Vater im Krieg in Jugoslawien gefallen war, musste seine Mutter alleine für den Lebensunterhalt aufkommen. Kurt Korbatits besuchte das Bundesrealgymnasium in Eisenstadt und begann nach der Matura als Werkstudent in Wien Medizin zu studieren, gab das Studium später jedoch auf. Nach der Ableistung seines Präsenzdienstes trat er 1962 in den Dienst der Burgenländischen Landesregierung ein, wo er ab 1964 im Landesjugendreferat tätig war. Bereits damals engagierte er sich politisch als Bezirksobmann der Jungen ÖVP Eisenstadt sowie als Landesobmannstellvertreter der Jungen ÖVP.

Ab 1965 Mitglied des Gemeinderates wurde Kurt Korbatits am 14. November 1977 zum Nachfolger von Bürgermeister Hans Tinhof bestellt. Im Zuge der Landtagswahl 1982 erreichte Korbatits ein Landtagsmandat, das er bis 1996 ausübte. Er vertrat als Wohnbau-, Kultur- und Sportsprecher die Interessen der ÖVP auf Landesebene und fungierte zudem als Vorsitzender des burgenländischen Wohnbaubeirates.

Sportlich engagierte sich Kurt Korbatits seit seiner Jugend vielseitig bei der Sportunion. Mit 15 Jahren wurde er Sektionsleiter der Schwimmunion Eisenstadt, mit 18 Jahren Präsident des Burgenländischen Schwimmverbandes, schließlich übernahm er die Obmannstellvertretung bei der Union Eisenstadt und war von 1972 bis 2007 ehrenamtlicher Präsident der Sportunion Burgenland.

Kurt Korbatits' Amtszeit als Bürgermeister war durch vielfältige Impulse für die Stadt sowie über die Stadtgrenzen hinaus geprägt. Er wirkte am Aufbau des Burgenländischen Müllverbandes wie auch des Abwasserverbandes Eisenstadt-Eisbachtal, dessen Obmann er von 1977 bis 1982 war, mit. 1980 wurden die vollbiologische Zentralkläranlage und das Kanalsystem des Abwasserverbandes Eisenstadt-Eisbachtal eröffnet.

In der Stadt setzte er vielfältige Schwerpunkte vor allem in den Bereichen Infrastruktur, Soziales, Jugend und Sport.

Ein Meilenstein für die Stadt war die Errichtung des Bundesschulzentrums Eisenstadt. Nachdem es seinem Vorgänger Hans Tinhof gelungen war, die bis dahin städtisch geführte Handelsakademie und Handelsschule dem Bund zu unterstellen sowie in Eisenstadt eine

Höhere Technische Lehranstalt zu etablieren, galt es, für diese Schulen geeignete Räumlichkeiten zu schaffen. Dafür stellte die Stadtgemeinde dem Bund rund 40.000 Quadratmeter zur Verfügung. 1978 erfolgte die Grundsteinlegung, in den folgenden Jahren wurden auf dem Gelände die Gebäude für HTL, Handelsakademie und Handelsschule errichtet. Da für alle drei Schulen nur ein Turnsaal vorgesehen war, schaltete sich die Gemeinde ein. Sie finanzierte eine aus drei Hallen bestehende Turnhalle, die heute das Bindeglied zum Allsportzentrum darstellt. Dieses wurde 1980 mit Hallenbad, Kunsteisbahn, Sauna, Restaurant und Friseur errichtet und ist, gemeinsam mit der Turnhalle, auch als Austragungsort von Wettkämpfen konzipiert, wodurch die Stadt weitere Impulse erfahren sollte.

Im Bereich der Verkehrsplanung beauftragte die Stadt Univ.-Prof. DI Dr. Hermann Knoflacher mit der Erstellung eines Generalverkehrsplans. Dabei wurde der Schaffung von PKW-Stellflächen in der Stadt große Bedeutung beigemessen. Zwischen 1977 und 1985 entstanden 400 neue Parkplätze, etwa beim Bischofshof und entlang der Glorietteallee sowie auf eigens von der Gemeinde dafür erworbenen Grundstücken in der Feldgasse. Um deren bessere fußläufige Anbindung an die Stadt zu ermöglichen und später auch die Dombastei zu erschließen, kaufte die Stadt 1987 das Pongratzhaus in der Antonistraße und öffnete dort einen Durchgang zum Vicedom. Zudem führten Gespräche mit Dr. Paul Esterházy in der Folge zur Errichtung einer Parkgarage auf dem Schlossplatz. Zur Verkehrsentlastung wurde 1988 mit dem Bau einer Südumfahrung außerhalb der Stadt begonnen.

Als der alte Schwechaterhof abgerissen werden sollte, schaltete sich der Bürgermeister ein, um eine sinnvolle Nachnutzung des Geländes am unteren Ende der Hauptstraße zu erreichen und gewann dafür die Bundesländerversicherung als Investor. 1979 erfolgte die Grundsteinlegung für das Kultur- und Kongresszentrum, das Hotel Burgenland und den Bundesländerhof, womit der Bereich östlich der Hauptstraße einen neuen Impuls erfuhr. Der Bereich zwischen den Gebäuden war von Beginn an als autofreie Zone gestaltet. Mit dem Kultur- und Kongresszentrum erhielt die Stadt nun Räumlichkeiten, die für Bälle und andere Veranstaltungen genutzt werden konnten. Zudem fand darin die Stadtbücherei eine Bleibe. Mit dem Hotel Burgenland bekam Eisenstadt ein Haus mit 200 Betten und mit dem Bundesländerhof ein Geschäft- und Bürohaus im Zentrum der Stadt. Diese Gebäude wurden 1982 eröffnet. Im selben Jahr startete auch der Betrieb des neu errichteten Landesstudios des ORF im Buchgraben und am Zubau beim Polytechnischen Lehrgang wurden die Bauarbeiten abgeschlossen.

Dass Joseph Haydn ein touristisches Zugpferd für die Stadt ist, zeigte eine große Haydn-Ausstellung anlässlich der 250. Wiederkehr des Geburtstages des Komponisten 1982. 100.000 Besucher verzeichnete die Ausstellung, dazu sorgte ein vielfältiges musikalisches Programm für kulturelle Belebung der Stadt. Aufgrund des Erfolges nahm Kurt Korbatits Gespräche mit Vertretern der Landesregierung auf, um die Haydn-Pflege in Eisenstadt zu

intensivieren. Aus diesen Gesprächen resultierte 1986 die Gründung des Vereins der Internationalen Haydnfestspiele, ein Jahr später fanden im Schloss Esterházy die ersten Internationalen Haydntage statt. Im selben Jahr konstituierte sich auch der Verein Freunde des Eisenstädter Schlossparks, der sich für die Rettung des englischen Landschaftsgartens einsetzt. Als weitere Impulse veranstaltete die Stadt 1986 das erste Stadtfest, 1987 wurde der Stadtlauf ins Leben gerufen und das Fest der 1000 Weine internationalisiert. Im Bereich der Museen erhielt Eisenstadt in jener Zeit Zuwachs: 1986 eröffnete das Burgenländische Feuerwehrmuseum in der Landesfeuerweherschule, im ehemaligen fürstlichen Verwaltungsgebäude in der Haydngasse installierten Bund, Land Burgenland und Freistadt Eisenstadt 1987 das „Museum Österreichischer Kultur“. Allerdings schloss das Museum wenige Jahre darauf wieder.

Einen ganz besonderen Gast konnte die Stadt am 24. Juni 1988 begrüßen: Nach einer Festmesse am Flugplatz in Trausdorf besuchte Papst Johannes Paul II. unter großem Jubel der Bevölkerung auch Eisenstadt.

Die Stadt führte auf Initiative von Kurt Korbatits „Essen auf Rädern“ ein und beschloss für Jungfamilien eine Förderung sowie das Sparbuch für Neugeborene. Zudem errichtete sie für die Kinder der Stadt während der Amtszeit von Kurt Korbatits sechs Kinderspielplätze. Die Stadt übernahm den BEWAG-Kindergarten sowie den Pfarrkindergarten in Kleinhöflein und wandelte diese in städtische Kindergärten um. Die Polytechnische Schule in St. Georgen erfuhr einen Zubau.

Zur Vernetzung über die Stadtgrenzen hinaus unterzeichnete Eisenstadt 1978 einen Partnervertrag mit Bad Kissingen, fünf Jahre später wurde auch Colmar im Elsass zur Partnerstadt. Als Vertreter der Stadt war Kurt Korbatits zudem von 1984 bis 1990 Vizepräsident des Österreichischen Städtebundes.

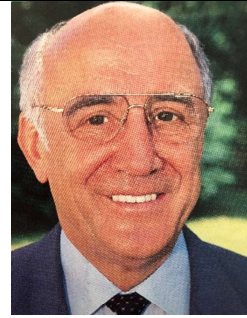
Eines der wichtigsten Bestreben von Kurt Korbatits während seiner gesamten Amtszeit war die Umgestaltung der Hauptstraße in eine Fußgängerzone. 1985 führte die Stadt hierzu eine erste Bürgerversammlung durch, in der Folge informierte eine Ausstellung im Rathaus darüber. In einer 1986 abgehaltenen Bürgerbefragung mit 66,5 Prozent Beteiligung sprachen sich 73,5 Prozent für die Fußgängerzone aus. Die Planung wurde 1989 abgeschlossen, die Eröffnung nahm 1991 der Nachfolger von Kurt Korbatits, Alois Schwarz, vor.

Kurt Korbatits legte im Jänner 1990 nach fast 13 Jahren die Funktion als Bürgermeister zurück. In der Folge wurde Korbatits Personalvertreter im Landesdienst und übte diese Funktion, so wie auch die des stellvertretenden Vorsitzenden des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Sektion Landesdienst, bis zu seiner Pensionierung 1996 aus.

Kurt Korbatits wurde 1991 zum Ehrenbürger von Eisenstadt ernannt. Seit 2003 ist er Landesobmann des Burgenländischen Seniorenbundes und seit 2009 Bundesobmann-Stellvertreter der ÖVP-Seniorenorganisation.

Ing. Alois Schwarz

gewählter Bürgermeister von 1990 bis 2002



Alois Schwarz kam am 12. Oktober 1932 in Mogersdorf als Sohn eines Landwirtehepaares zur Welt und wuchs mit vier Geschwistern auf, wo er die Volksschule und die Oberschule besuchte. Im Anschluss ging er nach Wien und absolvierte die Höhere Technische Lehranstalt für Elektrotechnik. Nach der Matura erhielt er 1954 eine Anstellung bei der NEWAG in Eisenstadt. Er war erst im Außendienst im Bezirk Neusiedl tätig, ehe er in die BEWAG-Zentrale aufgenommen wurde, wo er als Betriebsrat fungierte. Zudem war Alois Schwarz Kammerrat der Arbeiterkammer und von 1974 bis 1979 deren Vizepräsident sowie Funktionär in der Sozialversicherung wie auch in der Gewerkschaft.

In Eisenstadt wohnhaft und mit einer Eisenstädterin verheiratet, engagierte sich Schwarz in der Kommunalpolitik. 1968 zog er in den Gemeinderat ein und bekleidete von 1971 bis 1989 die Funktion des ÖVP-Klubobmannes. Als Techniker wurde er 1977 zum Stadtrat für Bau, Planung und Umweltschutz bestellt und verantwortete diesen Bereich bis zu seiner Wahl zum Bürgermeister am 17. Jänner 1990. Damit übernahm er von Kurt Korbatits die Verantwortung für die Stadt und nannte als Ziel, Eisenstadt zu einer lebens- und liebenswerten Stadt zu machen. Damit setzte er den Weg seines Vorgängers Kurt Korbatits und dessen bereits begonnene Projekte fort. Sein Rezept dabei war, nahe an den Bürgern zu sein und ihnen stets mit einem offenen Ohr zu begegnen.

Das für das Stadtbild wohl entscheidendste Projekt war die Umwandlung der Hauptstraße in eine Fußgängerzone. Damit wurde die Hauptverkehrsader der Stadt, durch die täglich oftmals rund 5.000 Fahrzeuge fahren, zu einem Ort der Begegnung und der Kommunikation. Die von Bürgermeister Kurt Korbatits vorbereitete und unter seinem Nachfolger Alois Schwarz fertiggestellte Fußgängerzone wurde am 7. September 1991 feierlich eröffnet. Im Zuge der Umgestaltung erfolgten auch infrastrukturelle Maßnahmen wie die Erneuerung des Kanalnetzes der Hauptstraße sowie die Schaffung neuer Parkplätze. Bereits 1989 war mit dem Bau der Tiefgarage unter dem Schlossplatz begonnen worden, nach deren Fertigstellung im Jahr 1993 blieb auch der Schlossplatz autofrei.

Für die Mobilität der Stadtbürger bedeutete die Einführung des City-Taxis im Jahr 1992 eine enorme Erleichterung in der Fortbewegung. Das Modell wurde für viele andere Städte in Österreich zum Vorbild, bis zum Jahr 2000 waren eine Million City-Taxi-Scheine verkauft worden.

Um dem stetigen Zuzug gerecht zu werden, wurde in Zusammenarbeit mit Wohnbaugenossenschaften weitere Wohnhausanlagen eröffnet. 1991 schloss eine großzügige Wohnbauanlage die Baulücke zwischen Bahnstraße, Bahnhof und Lobzeile. Auch in Richtung St. Georgen erfolgte die Aufschließung durch Wohnhausanlagen, die laufend erweitert wurden. Alleine in diesen beiden Komplexen entstanden so innerhalb von 13 Jahren 407 Wohnungen. Im Zuge eines Architektenwettbewerbs wurden die „Kirchäcker“ zur Bebauung ausgeschrieben, in einer ersten Bauphase errichteten Wohnbaugenossenschaften hier in unmittelbarer Zentrumsnähe rund 100 Wohnungen.

Ein weiteres wichtiges Anliegen war Alois Schwarz die Verbesserung des Bildungsangebots. So kehrte unter seiner Amtszeit die Volksschule nach St. Georgen zurück. Für Schüler mit besonderen Bedürfnissen wurde auf Gemeindegrund eine neue Sonderschule errichtet, der Polytechnische Lehrgang erhielt einen Zubau. Die Volksschule Eisenstadt sowie die Hauptschule erfuhren eine umfassende Sanierung, wobei Bedacht auf energiesparende Maßnahmen gelegt wurde. Für Maturanten gelang es, mit der Einrichtung eines Fachhochschullehrganges, vorerst im ehemaligen fürstlichen Verwaltungsgebäude in der Haydngasse, nun auch tertiäre Bildung anzubieten. Mit dem „Wissenschaftlich geführten Lehrgang für Internationale Betriebswirtschaftslehre“ begab sich das Burgenland von nun an auf Hochschul-Terrain.

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union am 1. Jänner 1995 eröffnete Eisenstadt eine enorme Chance. Die Bürger der Stadt hatten mit 77,8 Prozent für diesen Beitritt gestimmt und die Gemeinde unter Bürgermeister Alois Schwarz wusste die Chance in Zusammenarbeit mit dem Land Burgenland zu nutzen. 1997 wurde als erstes von drei Gebäuden das Technologiezentrum eröffnet, in der Folge erfuhr es durch den TechnoPark (1999) und um das TechLab (2001) Erweiterung. Die drei Innovationszentren lockten in einer ersten Phase durch attraktive Förderungen internationale Unternehmen nach Eisenstadt, wodurch zahlreiche neue Arbeitsplätze entstanden.

Die Mittel zur Förderung wurden auch in kultureller Hinsicht genützt. Bereits ab 1987 setzte sich der aus einer privaten Initiative gegründete und von Bürgermeister Korbatits und Vizebürgermeister Alois Schwarz von Beginn an unterstützte Verein Freunde des Eisenstädter Schlossparks massiv für die Rettung des vom Verfall bedrohten englischen Landschaftsgartens in Eisenstadt ein. Zwischen 1992 und 1998 wurde der Leopoldinentempel renoviert und der davorliegende Teich wiederhergestellt. Im Rahmen des EU-Projekts „Kulturviertel Eisenstadt“ begannen im April 2000 die Revitalisierungsmaßnahmen an der Orangerie. Die Fertigstellung erfolgte rechtzeitig vor dem Fest der 1.000 Weine im Sommer 2001.

Um mehr Platz für die Anliegen der Bürger und die Mitarbeiter des Magistrats zu schaffen, wurde 1999 mit dem Umbau des Rathauses begonnen. Dabei wurden die historischen Bauteile erhalten und im hinteren Teil durch einen hellen, besucherfreundlichen Teil

ergänzt. Als markanter Punkt wurde im Entree die Bürgerservicestelle eingerichtet, die für die Bevölkerung einen ersten Anlaufpunkt hinsichtlich ihrer Behördenwege darstellt.

Am 14. Mai 2001 wurde der Betrieb im Neubau des Rathauses aufgenommen, zwei Tage später trat erstmals der Gemeinderat im neuen Gemeinderatssaal zusammen. Die feierliche Eröffnung des Rathauses erfolgte am 9. Juni 2001, ein Jahr später wurde das neue Verwaltungshaus mit dem Architekturpreis des Landes Burgenland ausgezeichnet.

Hinsichtlich des Eisenstädter Freibades stand Bürgermeister Alois Schwarz zu Beginn seiner Amtszeit vor der Frage, ob das Anfang der 1950er-Jahre unter Bürgermeister Hans Tinhof errichtete Bad im Schlosspark saniert oder ein neues errichtet werden sollte. Der Bürgermeister zog dafür im Rahmen einer Umfrage die Bevölkerung zu Rate, die unter vier Varianten entscheiden konnte und letztendlich den Verbleib im Park präferierte. Daraufhin wurde das Bad aufwändig renoviert. Es erhielt unter anderem moderne Sanitäreanlagen sowie eine Heizung, das alte Becken wurde durch ein Edelstahlbecken ersetzt und der Kleinkinderbereich attraktiver gestaltet.

Um das Angebot für Jugendliche in der Stadt auszubauen, wurde 1997 ein Jugendzentrum am Franz-Schubert-Platz eingerichtet. Sozialarbeiter waren als Ansprechpartner der Jugendlichen vor Ort, im Haus wurden Freizeit- und Lernangebote zur Verfügung gestellt.

Da die alte Feuerwehrentrale in der Ruster Straße nicht mehr zeitgemäß war, erfolgte hinter dem Allsportzentrum ein Neubau. Zum Schutz vor aus dem Leithagebirge kommenden Wassermassen wurden 1990 beim ORF und im Bereich der Leithabergstraße Retentionsbecken errichtet.

Auch für den Stadtteil Kleinhöflein bewies Alois Schwarz Weitsicht: Die Stadtgemeinde erwarb den sogenannten Martinshof. Dieser sollte zu einem Generationenzentrum umgebaut werden, das Gelände dahinter war für den Bau einer Volksschule vorgesehen. Darüber hinaus sollte „der Hof“ als Veranstaltungszentrum fungieren sowie als Probenraum der Winzerkapelle Kleinhöflein.

In Alois Schwarz' letztem Amtsjahr beschloss der Gemeinderat den von DI Dr. Hermann Knoflacher erarbeiteten Generalverkehrsplan, der die Regulierung des fließenden sowie des öffentlichen Verkehrs vorsah bzw. eine Anpassung an die damaligen Gegebenheiten bedeutete.

Am 15. Jänner 2002 übergab Alois Schwarz das Amt als Bürgermeister an seinen Nachfolger Ing. Peter Nemeth, der ihn am 17. Mai 2002 zum Ehrenbürger der Stadt ernannte. Schwarz war auch nach seinem Ausscheiden aus der Politik weiterhin für die Allgemeinheit aktiv. Er engagierte sich als Vertreter der Stadt im Vorstand der Haydn Festspiele; der Landesverband Burgenland des Roten Kreuzes wählte ihn 2006 zum Präsidenten.

Ing. Alois Schwarz verstarb am 26. August 2007 nach kurzer, schwerer Krankheit in Eisenstadt.

Ing. Peter Nemeth

gewählter Bürgermeister von 2002 bis 2007



Peter Nemeth wurde am 1. April 1955 in Wien als Sohn von Ing. Ferdinand und Ilse Nemeth geboren. Er besuchte das Gymnasium Kurzwiese in Eisenstadt sowie die HTL für Maschinenbau in Wiener Neustadt. Im Anschluss an die Matura absolvierte Nemeth den Abiturientenlehrgang der Wiener Kaufmannschaft inklusive Reifeprüfung und begann nach Ableistung des Präsenzdienstes bei der Deutschen Fiat AG zu arbeiten. 1984 erwarb er im Zuge seiner Ausbildungen vier Meisterbriefe in den Bereichen Kraftfahrzeugtechniker, Landmaschinentechner, Schlossermeister und Schmiedemeister. Nach dem Tod des Vaters übernahm er 1981 gemeinsam mit Ilse und DI Klaus Nemeth die Leitung des Autohauses Nemeth, das aus der von seinem Vater 1948 gegründeten Ing. F&K Nemeth GesmbH & Co KG hervorgegangen war.

Ing. Peter Nemeth ist seit 1990 in der Wirtschaftskammer als Funktionär aktiv. In jenem Jahr wurde er Mitglied des Wirtschaftsparlaments, bis 1995 war er zudem Mitglied im Ausschuss des Bundesgremiums sowie Obmann-Stellvertreter des Landesgremiums des Fahrzeughandels. Zudem war er bis 2005 Kurator des WIFI Burgenland und Mitglied des Messe- und Ausstellungsausschusses der WKÖ sowie bis 2000 Mitglied des Kuratoriums des Wirtschaftsförderungsinstituts der WKÖ. 2005 übernahm Ing. Peter Nemeth die Funktion des Wirtschaftskammerpräsidenten von seinem Vorgänger Franz Kröpfl und steht als solcher der Interessenvertretung bis heute vor. Im Zuge seiner Präsidentschaft ist es eines seiner Anliegen, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Grenzregion Burgenland voranzutreiben und das Burgenland vor allem mit den Nachbarkomitatzen Ungarns zu vernetzen.

Neben seinem Engagement in der Wirtschaftskammer war Peter Nemeth seit 1992 Gemeinderat in Eisenstadt. Im Juni 2000 wurde er zum Vizebürgermeister bestellt, am 15. Jänner 2002 trat er die Nachfolge von Bürgermeister Alois Schwarz an. Die im Herbst darauf zu schlagende Bürgermeisterwahl entschied Nemeth mit rund 70 Prozent der Stimmen klar für sich. Im Zentrum seiner Tätigkeit für die Stadt stand einerseits vor allem das Vorantreiben der hohen Lebensqualität und er setzte Schwerpunkte in den Bereichen Wirtschaft und Bildung.

Als Bürgermeister in einem modern gestalteten Rathaus setzte Nemeth als eine der ersten Maßnahmen auf den Ausbau des Bürgerservice als Anlaufstelle für die Bevölkerung. In weiterer Folge nahm er eine Neustrukturierung des Magistrats mit dem Ziel vor,

Verwaltungsabläufe transparenter und übersichtlicher zu gestalten. So erfolgte eine Gliederung in Hoheitsverwaltung mit Recht, Soziales, Bürgermanagement, Dienstleistungsverwaltung mit Technik, Finanzen, Generationen, Internes und in die eigenständigen Bereiche Bürgermeisterbüro, Marketing, Tourismus und Personalmanagement. Die Umweltbetriebe, Freizeitbetriebe, Sozialbetriebe und Liegenschaftsverwaltung wurden als eigenständige Betriebe ausgegliedert. Die Bürger erhielten mit der „Bürgerkarte“ ein nützliches Instrument für die Abwicklung bestimmter Prozesse, etwa Taxifahrten. Als neue Abteilung wurde das Stadtgartenamt eingeführt, das neben Verschönerungs- und Pflegemaßnahmen in der Stadt auch für Lehrlingsausbildung in diesem Bereich sorgt. Zudem wurde im Rathaus die Rathausgalerie eingerichtet.

Zur Belebung der Innenstadt startete Peter Nemeth unter Einbeziehung der Eisenstädter Unternehmen eine Innenstadt-Offensive, der Hauptaugenmerk lag dabei einerseits auf der Verbesserung des Angebotes und der Zusammenarbeit mit dem Stadtmarketing sowie auf dem Ausbau des Verkehrsangebots. Um die Stadt auch für Radfahrer attraktiver zu gestalten, wurde das Radfahren in der Fußgängerzone gestattet und in der Stadt die Errichtung von Fahrradständern forciert.

Eine große Herausforderung stellte das massive Bevölkerungswachstum dar, das sich vor allem in den Bereichen Bildung und Kinderbetreuung, Infrastruktur und Wohnbau niederschlug: 2005 überschritt die Bevölkerungszahl die 12.000er Marke und hatte sich gegenüber 2001 um 6,5 Prozent erhöht. Im Bereich Kirchäcker entstand der erste Bauabschnitt eines großangelegten Wohnhausprojekts, in dem eine Wohngemeinschaft für „Rettet das Kind“ untergebracht wurde. Das Sozialtherapeutische Zentrum wurde erweitert, die Vorplanungen für die Aufstockung der Volksschule Eisenstadt und des Neubaus einer Volksschule in Kleinhöflein eingeleitet und die Sanierung der Hauptschule vorangetrieben. Zudem übernahm die Stadt die Kinderkrippe der Barmherzigen Brüder. Auch die Kunsteisbahn erfuhr eine Modernisierung.

In verkehrsbelasteten Wohngegenden wie der Dr.-Karl-Renner-Straße oder der Weingartenstraße erfolgte im Zuge von Einbaumaßnahmen eine Verkehrsberuhigung und das Abwassersystem wurde den wachsenden Bedürfnissen angepasst. Da auch die weiteren Mitgliedsgemeinden des Abwasserverbandes Eisenstadt-Eisbachtal – die Gemeinden Großhöflein, Müllendorf und Trausdorf – mit wachsender Bevölkerung konfrontiert waren und zudem die Technik der bestehenden Anlage in die Jahre gekommen war, erfolgte der Ausbau der Kläranlage.

Der als „Gloriette“ bekannte Marien-tempel erfuhr eine umfassende Sanierung. Das Konzept eines privaten Betreibers, das Haus als Zentrum für Gesundheit und Wohlbefinden zu führen, wurde letztendlich nicht aufgegriffen. Im April 2003 erfolgte die Eröffnung des umgestalteten Hauses. Der Plan der Gemeinde, das Gebäude nach der Wiedereröffnung selbst als Veranstaltungshaus zu betreiben, wurde nach einem Jahr verworfen und die

Gloriette an einen Gastronomen verpachtet. Auch das Maschinenhaus im Schlosspark wurde einer Renovierung unterzogen.

Sport- und Gesundheitsprojekte wie „Sportkids“ oder „Gesundes Eisenstadt“ brachten die Themen Ernährung und Bewegung einer breiten Zielgruppe näher. Die Gestaltung des Walderlebnispfades auf der Gloriette durch einen Waldpädagogen setzte Impulse in Richtung Bewegung in der Natur schon für die Kleinsten. Als Stimme für die ältere Bevölkerung konstituierte sich der Seniorenbeirat mit der Aufgabe, den Gemeinderat zu Themen, die speziell Senioren betreffen, zu beraten, sowie Informationen und Vorschläge zur Gestaltung eines seniorenfreundlichen Lebensraumes zu geben.

Bereits zu seinem Amtsantritt sah Nemeth die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit den ungarischen Nachbarkomitat. 2002 besiegelte er mit seinem ungarischen Kollegen die Städtepartnerschaft zwischen Eisenstadt und Sopron, durch die eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Kultur, Sport und Tourismus erfolgen sollte. Zudem konstituierten sich Arbeitsgruppen für grenzüberschreitende Programme. Nemeths Engagement in der Zusammenarbeit mit dem Nachbarstaat wurde 2010 damit gewürdigt, dass er von der Republik Ungarn zum Honorarkonsul ernannt wurde.

Am 24. Jänner 2007 übergab Ing. Peter Nemeth das Bürgermeisteramt an Andrea Fraunschiel, um sich seinen Aufgaben als Unternehmer und Wirtschaftskammerpräsident zu widmen. Er wurde 2008 zum Ehrenbürger von Eisenstadt ernannt.

Andrea Fraunschiel MA
gewählte Bürgermeisterin von 2007 bis 2011



Andrea Fraunschiel wurde am 8. Mai 1955 in Eisenstadt geboren. Nach der Volksschule besuchte sie in ihrer Heimatstadt das Gymnasium Kurzwiese und studierte nach der Matura von 1973 bis 1976 Anglistik und Geschichte an der Universität Wien. Sie wählte den Weg in die Erwachsenenbildung und unterrichtete in Wien Englisch, 1988 kehrte sie beruflich in ihre Heimatstadt zurück, wo sie ab 1988 eine Lehrtätigkeit am WIFI übernahm. Neben der Fremdsprache Englisch mit den Schwerpunkten Wirtschaftsenglisch und Superlearning hielt sie Kurse für Verhaltenstechnik, Rhetorik und Kommunikation.

Ihre politische Karriere startete Andrea Fraunschiel 1991 als Stadtleiterin der ÖVP Frauen in Eisenstadt, bis 2012 war sie auch Mitglied des ÖVP Frauen Bezirks- und Landesvorstandes. Von 2011 bis 2018 übte sie die Funktion der Landesleiterin der ÖVP Frauen im Burgenland aus.

Nach der Gemeinderatswahl am 10. November 1992 übernahm Andrea Fraunschiel für die ÖVP ein Gemeinderatsmandat. Im Juni 2000 wurde sie zum Mitglied des Stadtsenats bestellt, von 2002 bis 2007 war sie 1. Vizebürgermeisterin und zugleich für die Aktion „Gesundes Eisenstadt“ verantwortlich. Sie stand als Vorsitzende dem Ausschuss für Schule, Jugend und Sport vor, zudem war Frauenschiel Obfrau des Vereins Jugendzentrum sowie Vorstandsmitglied im Verein Tagesmütter Burgenland. 2004 übernahm sie von Paul Fasching dessen Mandat im Bundesrat. Nachdem sie bei der Landtagswahl 2005 in ihrem Wahlbezirk mit Vorzugsstimmen in den Landtag gewählt worden war, verließ sie das Parlament, um sich ganz der politischen Arbeit im Burgenland zu widmen.

Am 24. Jänner 2007 trat Andrea Fraunschiel die Nachfolge von Bürgermeister Nemeth an und war damit die erste Frau an der Spitze der Stadt. Bei der Gemeinderatswahl noch im selben Jahr wurde sie mit fast 60 Prozent der Stimmen von der Bevölkerung als Bürgermeisterin bestätigt. Die ÖVP hielt mit 54,09 Prozent die absolute Mehrheit, die SPÖ erreichte 27,85 Prozent, die Grünen kamen auf 7,64 und die Freiheitlichen auf 6,57 Prozent.

Jene Bereiche, die Andrea Fraunschiel schon während ihrer Gemeinderatszeit unterstanden waren, bildeten auch die Schwerpunkte für ihre Zeit als Bürgermeisterin. In ihre mehr als vierjährige Amtszeit fallen unter anderem die Fortsetzung der Sanierung sowie die Erweiterung der Volksschule Eisenstadt, der Ausbau der Volksschule in St. Georgen, die Sanierung der Hauptschule und Modernisierung von deren Turnsaal sowie die Errichtung der

Volksschule in Kleinhöflein. Diese sollte in das neu konzipierte Kommunikationszentrum rund um den Martinshof integriert werden, wodurch in Kleinhöflein ein attraktiver Ort des Zusammentreffens entstand. Sowohl die Volksschule in St. Georgen als auch jene in Kleinhöflein erhielten zudem eine Tagesheimstätte.

Der 200. Todestag von Joseph Haydn 2009 wurde von der Stadt zum Anlass genommen, um vielfältige Akzente im Kulturbereich zu setzen. Der Kalvarienbergplatz wurde umgestaltet und ein Haydnpfad eingerichtet, um den Oberberg touristisch noch besser an die Stadt anzubinden. Zudem erarbeitete eine Fachgruppe einen Plan zur Stadt- und Dorferneuerung am Oberberg, der darüber hinaus den Ausbau des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder sowie die Umgestaltung des Haus St. Martin miteinbezog.

Im Sinne der Vernetzung unter den Generationen entstand unter Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel gemeinsam mit Kooperationspartnern das Generationenviertel auf dem Alois-Schwarz-Platz. Als erstes wurde neuer Kindergarten mit Kinderkrippe errichtet, auf diesen Bau folgten daran angrenzend eine Seniorenpension mit Tagesbetreuung sowie ein Haus für betreubares Wohnen, das von seinen Räumlichkeiten her so ausgerichtet ist, dass auch Veranstaltungen und Treffen darin stattfinden können. So wurde das Haus etwa zum neuen Treffpunkt der „Spielzwerge“.

Das Einbinden der Bevölkerung war der Bürgermeisterin stets ein großes Anliegen. Unter Beteiligung der Bevölkerung wurde ein Leitbild für die Stadt entwickelt, aus dem das Ziel entstand, Eisenstadt zur „Kulturstadt mit Lebensqualität für alle Generationen“ zu gestalten. Viele der darin erarbeiteten Punkte – etwa die Einrichtung eines Cafés im Martinshof, ein Konzept zur Integration der „Zuagroastn“ oder zur Mehrfachnutzung von Rückhaltebecken, wurden in der Folge rasch umgesetzt. Unter Einbeziehung von Bürgern sowie Experten aus dem In- und Ausland entstand ein Sportentwicklungsplan, aus dem ein Maßnahmenkatalog mit 40 Punkten resultierte und der Projekte wie den Fußballplatz in Kleinhöflein, die Sanierung des Hallenbades und viele weitere Maßnahmen zur Folge hatte.

Als Bürgermeisterin legte Andrea Fraunschiel großen Wert auf die Anliegen und Einbindung von Jugendlichen. Auf deren Initiative hin entstand östlich der HTL ein Skatepark, in dessen Nähe unter Fraunschiels Nachfolger Thomas Steiner 2013 der E-Cube errichtet werden sollte. In Zusammenarbeit mit der Dompfarre erarbeitete die Stadtgemeinde ein Konzept zur Betreuung der Jugend, das sowohl Freizeitprogramme als auch Nachhilfe vorsah.

Im Sinne des Ausbaus der Infrastruktur erfolgten umfangreiche Sanierungsmaßnahmen im Straßenbereich, die Neugestaltung von Straßen und Plätzen sowie die Schaffung von rund 200 Tagesparkplätzen im Bereich der Krautgärten. Darüber hinaus griff Andrea Fraunschiel auch das Thema umweltverträgliche Mobilität auf. Als Klima-Modellregion wurden in Eisenstadt Innovationen auf der Straße getestet, um Erfahrungen in diesem Bereich zu sammeln.

Als Nachfolgeveranstaltung für das Fest der 1.000 Weine erarbeitete die Stadt das Konzept der Wein- und Genussstage, die unter diesem Namen im August 2011 erstmals die Hauptstraße zur Kulinarikmeile machten. Das Ziel dahinter war es, ein attraktives Angebot rund um Wein, Genuss und Kulinarik in die Stadt zu bringen, um dadurch die Innenstadt zu beleben und Impulse für Gastronomie- und Tourismusbetriebe zu setzen.

Am 15. November 2011 trat Andrea Fraunschiel als Bürgermeisterin der Freistadt Eisenstadt zurück und übergab die Leitung der Stadt an Mag. Thomas Steiner. Danach war sie als Landesleiterin der ÖVP Frauen weiterhin politisch aktiv. Im März 2018 legte sie den Vorsitz zurück.

Beruflich kehrte Andrea Fraunschiel als pädagogische Mitarbeiterin des Volksbildungswerks Burgenland in die Erwachsenenbildung zurück. Parallel dazu schloss sie den Masterstudiengang Bildungsmanagement an der Donau Universität Krems ab.

Mag. Thomas Steiner
gewählter Bürgermeister seit 2011



Thomas Steiner wurde am 27. Jänner 1967 in Eisenstadt geboren. Nach dem Besuch der Volksschule in Loretto absolvierte er das Gymnasium Kurzwiese in Eisenstadt, wo er 1985 maturierte. Im Anschluss studierte er an der Universität Wien Rechtswissenschaften und schloss das Studium 1991 ab. Er trat in den Dienst der Burgenländischen Landesregierung ein, wo er bis 1996 Klubsekretär der ÖVP war. Danach wechselte er in das Büro von Landeshauptmann-Stellvertreter Gerhard Jellasitz. Von 2000 bis 2010 war er Büroleiter von Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl.

Seit 24. Juni 2010 vertritt Thomas Steiner die ÖVP im Landtag. Von 2010 bis 2015 war er Bereichssprecher für Verwaltung und Verfassung sowie Verkehr und Infrastruktur, seit 2015 ist er für die Bereiche Wirtschaft, Tourismus und Energie zuständig. 2015 übernahm er von Franz Steindl die Funktion des ÖVP-Landesparteiobmannes.

In Eisenstadt ist Thomas Steiner seit 2007 politisch aktiv. In jenem Jahr zog er in den Eisenstädter Gemeinderat ein, ein Jahr später wurde er zum Stadtparteiobmann sowie zum Klubobmann gewählt. Am 30. November 2011 übernahm er von Andrea Fraunschiel das Amt als Bürgermeister von Eisenstadt, in dem er bei den darauffolgenden Wahlen 2012 (mit 53,50 Prozent der Wählerstimmen) und 2017 (60,33 Prozent) bestätigt wurde.

Zu seinem Amtsantritt legte Thomas Steiner seinen Leitsatz fest: arbeiten, entscheiden und etwas für Eisenstadt weiterbringen. Dabei stand und steht das stetige Wachstum der Stadt im Focus: Allein zwischen 2001 und 2011 wuchs die Bevölkerung um 16 Prozent. Dementsprechend erfolgte die Schwerpunktsetzung vor allem auf die Bereiche Bildung sowie Verkehr und Infrastruktur unter der Einbindung aller Bürgerinnen und Bürger.

Für die gemeinsame Vorgehensweise bei Infrastrukturmaßnahmen erarbeiteten Bürgermeister Thomas Steiner und die drei Stadtbezirksvorsteher mit einem Planungsteam der Bauabteilung der Stadtgemeinde Eisenstadt mit dem „Straßenbauplan 2012 – 2017“ einen langfristigen Plan zur Sanierung und Erweiterung der Straßen in der Stadt, der nicht nur die Verbesserung der Fahrwege, sondern auch des Geh- und Radwegenetzes vorsah. So wurde beispielsweise der Domplatz zur Begegnungszone umgewandelt. Im Zuge des „Masterplans Kleinhöflein“ entwickelten Verantwortliche der Stadtgemeinde gemeinsam mit der Bevölkerung Projekte für die Neugestaltung des Ortsbildes im Zuge der Erneuerung der Wasserleitung und der Straßen.

Laufend getroffene Maßnahmen wie die Schaffung neuer Parkplätze, die Neuordnung der Parkraumbewirtschaftung mit einem neuen Tarifmodell für die Innenstadt-Parkplätze sowie Dauerparkplätze sollten die fußläufige Verbindung des Stadtzentrums mit den PKW-Abstellmöglichkeiten sichern, aber auch die Parksituation in Wohngebieten entschärfen. Die Einführung des elektronischen Parkleitsystems brachte für Parkplatzsuchende eine zusätzliche Erleichterung.

Ein Meilenstein für den öffentlichen Verkehr wurde mit der Einführung des Stadtbusses gesetzt. Die Planung dafür hatte 2015 begonnen, Ende 2016 nahmen vorerst drei Buslinien den Betrieb auf. Bereits in den ersten Monaten nutzten rund 1.000 Fahrgäste pro Tag das Angebot, insgesamt fuhren im ersten Jahr 262.000 Personen mit dem Bus, wofür die Stadt den Mobilitätspreis 2017 des VCÖ erhielt.

Um den wachsenden Anforderungen im Zusammenhang mit Erhaltungsmaßnahmen im Stadtgebiet gerecht zu werden und ausreichend Unterbringungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten für die Mitarbeiter sowie die erforderlichen Gerätschaften und Fahrzeuge zu schaffen, errichtete die Stadt auf dem Gelände neben der Kompostieranlage einen Neubau für die städtischen Wirtschaftsbetriebe. Dadurch erfolgte die bauliche Zusammenführung von Bauhof, Stadtgartenamt und Umweltbetrieben.

Als langfristiges Leitbild für die Stadt startete 2013 unter Einbeziehung der Bevölkerung sowie von Expertinnen und Experten die Ausarbeitung des Stadtentwicklungsplanes STEP 2030. Nach einer Ist-Analyse trat ein zweistufiges Bürgerforum zusammen. Ein Fachbeirat aus externen Spezialisten erstellte Lösungsvorschläge für die Politik, in der Folge erarbeiteten Vertreter des Bürgerforums, Mitglieder des Stadtsenats, des Gemeinderates und die Stadtbezirksvorsteher unter Einbeziehung der Anliegen der Ortsteile den STEP 2030, der 2015 präsentiert wurde.

In den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung und Soziales erfolgten zahlreiche Maßnahmen. So erfuhr die Sonderschule eine Aufstockung und Erweiterung um zwei Klassenräume. Die rund 50 Jahre alte Hauptschule/Neue Mittelschule Rosental sowie die ebenfalls in dem Gebäude untergebrachte Polytechnische Schule erfuhren eine umfassende Sanierung. Neu errichtet wurde der Turnsaal der Volksschule, der, wie auch die anderen Turnsäle der Stadt, neben den Schülerinnen und Schülern den Vereinen zur Verfügung steht. Die Klassenräume im Altbautrakt der Volksschule erfuhren eine Modernisierung, für die ebenfalls unter steigender Nachfrage stehende Tagesheimbetreuung wurden entsprechende Räume adaptiert. Für den Ausbau der HTL, der vom Bund durchgeführt wurde, stellte die Stadtgemeinde kostenlos ein Grundstück zu Verfügung.

Im Kindergartenbereich fand eine Anpassung der Öffnungszeiten an die Bedürfnisse der Erziehungsberechtigten statt, darüber hinaus wurden die Betreuungsgelder nach Einkommen gestaffelt, wodurch weiterhin in entsprechenden Fällen eine

einkommensabhängige Gratisbetreuung der Kinder gewährleistet blieb. Durch die Eröffnung einer Kinderkrippe im Kindergarten Kasernenstraße konnte die Zahl der Krippenplätze erhöht werden, auch wurde der Kindergarten um eine alterserweiterte Gruppe vergrößert.

Mit der Eröffnung des E-Cube im September 2013 erhielt die Stadt einen neuen Jugendtreff, der zugleich Veranstaltungsort für die gesamte Bevölkerung ist. Bereits im ersten Jahr verzeichnete er 20.000 Besucher und in der Folge rund 140 Veranstaltungen pro Jahr. Um Jugendlichen mehr Möglichkeiten zur Mitsprache in der Stadt zu bieten, initiierte Bürgermeister Steiner den Jugendgemeinderat. Die darin beteiligten Jugendlichen erhielten ein Budget für die Realisierung eines durch sie erarbeiteten Projekts.

Die Renovierung der Dombastei sowie des „Pongratz-Hauses“ bereicherte die Stadt um zwei weitere Veranstaltungsorte.

Die hohe Lebensqualität in Eisenstadt ist nicht zuletzt durch die kurzen Wege und die Nähe zur Natur und zu den zahlreichen Sportmöglichkeiten gegeben. Zur besseren Erschließung für Radfahrer erfolgten die Ausschilderung der Radwege sowie die Attraktivierung des Radwegenetzes und die Errichtung eines Leitsystems zu schönen Plätzen und Sehenswürdigkeiten. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit zeichnete Eisenstadt 2012 als „Fahrradfreundliche Gemeinde“ aus, das Projekt City-E-Bike erhielt den VCÖ Mobilitätspreis in der Kategorie „Intelligente Technologien für nachhaltige Mobilität“.

Nachdem die Aussichtswarte auf der Parapluiewiese aus Sicherheitsgründen gesperrt werden musste, bemühte sich Bürgermeister Steiner um die Neuerrichtung einer Warte. Als Projektträger konnte der Verein Freunde des Eisenstädter Schlossparks gewonnen werden, 2012 wurde die Raiffeisen Jubiläumswarte eröffnet. Der Bereich rund um die Warte erfuhr eine Umgestaltung zu einem Arboretum mit neuen Sitzmöglichkeiten.

Im Zuge der Renaturierung des Eisbachs durch die Stadt entstand ein Begleit- und Fußweg mit einem Naturlehrpfad.

St. Georgen erhielt mit dem Georgi-Stadion eine moderne Sportanlage, die neben neuen Spielergarderoben und Nebenräumen auch über zwei weitere Trainingsplätze verfügt. Der Eislaufplatz beim Allsportzentrum erfuhr durch die Überdachung der Eisfläche eine Aufwertung. Für die Errichtung einer neuen Tennishalle stellte die Stadtgemeinde dem ASKÖ ein entsprechendes Grundstück zur Verfügung. Der Bau einer neuen Leichtathletikanlage wurde auf Schiene gebracht.

Zur Hebung der Lebensqualität und auch des Bewusstseins für die Stadt setzte diese zahlreiche Initiativen in den Bereichen Umwelt, Gesundes, Sicherheit und Soziales. Privatpersonen erarbeiteten gemeinsam mit Behindertenorganisationen und Verantwortlichen der Stadt einen Etappenplan für ein barrierefreies Eisenstadt. Projekte wie „Blühendes Eisenstadt“ mit Blumenwiesen zum Selberpflücken, „Sauberes Eisenstadt“ oder „Eisenstadt tut mir gut“ hinterlassen positive Spuren im Stadtbild.

Um eine noch bessere Kommunikation zwischen den Mitarbeitern der Stadtgemeinde und den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, erfolgte unter Bürgermeister Steiner die Reorganisation des Bürgerservice. Unter Einbeziehung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rathauses wurden Maßnahmen für effizientere Verwaltungsabläufe sowie eine Info-Kampagne für Bürger und ein Personalentwicklungsplan für das Rathaus erarbeitet.

Im Zuge der Fluchtbewegung vor allem aus dem Nahen Osten im August 2015 sah sich die Stadt vor besondere Herausforderungen gestellt. Innerhalb kürzester Zeit gelang es Bürgermeister Steiner, durch Gespräche mit Unternehmern und Vertretern von caritativen Einrichtungen entsprechende Flüchtlingsunterkünfte zu schaffen, sodass die Stadt die Aufnahmequote von Flüchtlingen erfüllen konnte. Als Ansprechpartner wurden zwei Integrationsbeauftragte ernannt, in der Folge bot die Stadtgemeinde Deutschkurse sowie entsprechende Beratung an.

Bei den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen am 1. Oktober 2017 wurde Mag. Thomas Steiner in seiner Funktion als Bürgermeister bestätigt: 60,32 Prozent der Eisenstädterinnen und Eisenstädter sprachen ihm mit ihrer Stimme ihr Vertrauen aus. Die ÖVP erreichte bei dieser Wahl 55,29 Prozent.



Mag. Thomas Steiner mit seinen Vorgängern Andrea Fraunschiel MA, Reg. Rat Kurt Korbatits und Ing. Peter Nemeth.

Quellen:

Zeitungen:

Amtsblatt der Freistadt Eisenstadt

Der freie Burgenländer

Burgenländische Freiheit

Burgenländische Volksblätter

Grenzmarkzeitung

Neue Eisenstädter Zeitung

sowie Einzeleinträge aus: Arbeiterzeitung, Salzburger Chronik, Kleine Volkszeitung, Reichspost, Österr. Forst Zeitung, Neuigkeit-Welt-Blatt, Badener Zeitung

Archivmaterial:

Wiener Stadt- und Landesarchiv: Volksgerichtsakten Ilkow, Hohegger, Brünner, Visotschnig

Burgenländisches Landesarchiv: Gemeindeakt 6-1945-1922; 6-2840-1922; 6-684-1923; 6-701/1-22

Burgenländisches Landesarchiv: Pol. 4-5 198/4-23; IIIA-36/1938 (Gemeinderat Auflösung)

Esterházy Privatstiftung Archiv, Prot. Conventionale Nr. 3951.

Literatur:

KRIZSANITS Brigitte, Horvath Manfred: Eisenstadt. Weitra 2015.

KRIZSANITS Brigitte: Von der Residenz- und Bürgerstadt zur Landeshauptstadt. Das Mitwirken Paul Esterházy an der Entwicklung Eisenstadts 1921 bis 1938. Mitteilungen aus der Sammlung Privatstiftung Esterházy Bd. 4. Eisenstadt 2015.

KRIZST Roman, Gemeindeverwaltung im Burgenland vor 1921 und Übergang zum österreichischen Recht 1921/1922 (unveröffentlichtes Manuskript im Publikationsstadium).

MAIER Otto: Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien. Gemeinden. Eisenstadt 1993.

PRINKE Helmut: Architektur der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt von 1850 bis 2012. Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland Bd. 147. Eisenstadt 2014.

SCHLAG Gerald: Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien. XX. Jahrhundert. Eisenstadt 1991.

WURTH Rüdiger: Ödenburg. Seine historische Position im Boten- und Postwesen. Österreichische Postdirektion 1850-1867 und 1921

Persönliche Auskunft von:

Viola Szimak, Reg. Rat Kurt Korbatits, Andrea Fraunschiel MA, Frau Hollnthoner (Wiener Friedhöfe).